Nr. 287 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 15. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 12. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Keine Einigung in der Eisenindustrie

Die Schlichtungsverhandlungen vertagt — Anklage der Industriellen gegen die Regierung — Die Stillegungen werden wahrscheinlich

Düsseldorf. Wie verlautet, sind die Schlichtungsverhandlungen Dienstag abend vertagt worden und werden Mittwoch weiter geführt. Von der Schlichtungskammer wurde einstimmig beschlossen, vor Abschluß der Verhandlungen über den Verlauf Stillschweigen zu bewahren, um einen ungestörten Verlauf zu sichern.

*

Berlin. Wie dem Deutschen Handelsdienst aus Düsseldorf berichtet wird, ist der Originalbrief des Reichsarbeitsministers Dr. Braun bis jetzt noch nicht in die Hände der Arbeitgebergruppe der Eisenindustrie gelangt, so daß diese sich bisher nur aus der Presse über den Inhalt des Briefes unterrichten konnte. Die Schlichterverhandlungen haben sich länger hinausgezogen, wie man bisher erwartet hatte und sind nach einer kurzen Mittagspause um 15 Uhr wieder aufgenommen worden. In eingeweihten Kreisen rechnete man mit einer Beendigung noch am Spätabend. Man weist in Arbeitgeberkreisen darauf hin, daß schon deshalb mit einer raschen Beendigung der Verhandlungen gerechnet werden muß, weil für den Fall, der Stillegung der Industrie die Kündigungen bereits am 15. Dezember erfolgen müßten, eine Tatsache, die selbst, wenn sie nur vorsorglich geschieht, wahrscheinlich eine neue Spannung in die augenblicklichen Verhandlungen hineintragen würde, die Zweifel an dem auch auf Seiten der Industrie vorhandenen Verständigungswillen aufkommen lassen könnten. Man hofft in den Kreisen der Industrie, daß der Schiedsspruch auf Grund der langjährigen Verhandlungen auch die Belange der Eisenindustrie sowie der ganzen deutschen Eisenwirtschaft auch die Exportlage berücksichtigen wird.

England und Amerikas Flottenrüstungen

Wachsende Verstimmung — England ist zum Flottenausbau „gezwungen"

London. Das amerikanische Flottenbauprogramm hat in London einige Sensationen hervorgerufen. Es wird als voller Sieg der Politik der amerikanischen Flottenpartei gewertet. Die Einsetzung von 26 Kreuzern eines Planes, der von England auf der Genfer Flottenabrüstungskonferenz bekämpft wurde, in das neue Flottenbauprogramm, wird von England als deutlicher Beweis dafür empfunden, daß Amerika nunmehr ohne jede Rücksicht auf andere Mächte seine Flotte bis zum Ablauf des Washingtoner Abkommen auf einen Stand bringen will, der Erörterungen über zukünftige Rüstungsbeschränkungen ohne jede Gefährdung der amerikanischen Vormachtstellung erlaubt. In maßgebenden englischen Kreisen legt man Gewicht darauf, daß England durch das amerikanische Bauprogramm von seiner bisherigen Politik nicht abgebracht werden könne und nicht die Absicht habe, Amerika das Recht zu bestreiten, soviel Schiffe zu bauen wie es ihm beliebe. Lediglich in den vom Washingtoner Abkommen verfaßten Einheiten ist Amerika gebunden, weshalb auch die britische Regierung gegen die geplante Verstärkung der Beschiffung der beiden Schlachtschiffe Nevada und Oklahoma Einspruch erhoben hat. Trotz dieser offiziellen Stellungnahme ist unverkennbar, daß das amerikanische Programm in London einen peinlichen Eindruck gemacht hat. Das ergibt sich deutlich aus der Erklärung, daß Amerika nunmehr als Advokat des Friedens mit dem größten Flottenbauprogramm vor die Welt tritt, was nach englischer Ansicht provokativ wirken müsse.

Amerikanische Flottenrüstungen

1 Milliarde Dollar Kosten.

Neuyork. Dem amerikanischen Kongreß geht das neue Flottenprogramm zu, daß sich auf fünf Jahre erstreckt und dessen Ausführung eine Milliarde Dollar kostet. Zur Ersetzung veralteter Großkampfschiffe sollen vier neue zu je 60 Millionen Dollar erbaut werden. Außerdem ist der Neubau von 26 Kreuzern des 10 000 To-Typs, von 5 Unterseebooten und 18 Zerstörern vorgesehen. Mit der Annahme dieses Programmes durch den Kongreß wird gerechnet.

Präsident Coolidge erklärte, die anderen Nationen sollten sich durch das amerikanische Flottenprogramm, das im Einklang mit dem Washingtoner Abkommen stehe, nicht zum Wettrüsten bestimmen lassen.

Rein sozialdemokratische Regierung in Braunschweig

Braunschweig. Dem bürgerlichen Ministerium in Braunschweig wird, wie nunmehr feststeht ein rein sozialdemokratisches folgen, insofern, als die Sozialdemokraten beschlossen haben, die Regierungsbildung allein zu übernehmen, obgleich sie nur über 24 von 48 Sitzen verfügen. Es kommt daher auf die Haltung der Kommunisten und Demokraten an, die über je 2 Sitze verfügen. Als Mitglieder der neuen Regierung werden genannt: Dr. Jaspar, Abgeordneter Steinbrecher und Abg. Sievers.

*

Braunschweig. Der neugewählte braunschweigische Landtag trat Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Alterspräsident Deumland, Deutsche Volksp. Zunächst wurde die Wahl des Landtagspräsidiums vorgenommen, und zwar auf Grund interfraktioneller Beschlüsse. Zum 1. Präsidenten wurde Abg. Wesemeier (Soz.), zum 2. Abg. Wessel (Deutsche Volksp.) und zum dritten Dr. Roloff (D. N.) gewählt. Vom Vorsitzenden des Staatsministeriums war im Namen des gesamten Ministeriums eine Erklärung eingegangen, wonach das Staatsministerium zurücktritt. Für die Neuwahl des Ministerium wurde die nächste Landtagssitzung, Mittwoch 10 Uhr, festgesetzt.

Chamberlain besucht Pilsudski nicht

London. Sir Austen Chamberlain informierte vor seiner Abreise aus Genf den Vertreter des Reuter-Büros, daß der Bericht, wonach er Marschall Pilsudski für das kommende Frühjahr einen Besuch in Warschau zugesagt habe, unbegründet sei.

Die Arbeitslosigkeit wächst

Warschau. Nach Angabe des Statistischen Amts ist die Zahl der Arbeitslosen im Monat November um 26 074 gestiegen, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen 178 651 Personen beträgt.

Sozialistischer Sieg in Bern

Die halbe Stadtvertretung sozialdemokratisch.

Bern. In der Halberneuerung des Stadtrats von Bern, des Gemeindeparlaments der schweizerischen Bundeshauptstadt, gewannen die Sozialisten zwei Sitze auf Kosten der Bürgerlichen. Sie haben damit die Hälfte der 80 Ratssitze inne. Bei der Wahl des Gemeinderats, der Exekutive der Stadt Bern, wurden die vier ausscheidenden Bürgerlichen und drei sozialdemokratischen Gemeinderäte wiedergewählt. Ein von sozialistischer Seite aufgestellter vierter Kandidat unterlag mit rund 3000 Stimmen. Die Stimmbeteiligung war 78 Proz.

Passive Handelsbilanz

Warschau. Die polnische Handelsbilanz für November dieses Jahres weist ein Defizit von über 10 Millionen Goldzloty auf. Im Zusammenhange damit meldet die Warschauer Presse, daß sich die Behörde mit der Absicht einer scharfen Reglementierung der Einfuhr trägt. Der Reglementierung sollen nicht nur die sogenannten Luxuswaren, sondern auch eine ganze Reihe anderer Einfuhrartikel unterliegen.

Moskau zum polnisch-litauischen Konflikt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, befürchtet man dort, daß sich die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen auf die russisch-litauischen Beziehungen auswirken werden. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß Polen ein Interesse daran habe, den russisch-litauischen Garantievertrag außer Kraft zu setzen. Die Besprechungen zwischen dem litauischen Gesandten und Tschitscherin sollen ergebnislos geblieben sein. In russischen Kreisen nehme man an, daß Woldemaras während seines Besuchs in Paris versuchen werde, sich die Unterstützung Frankreichs für die Rigaer Konferenz zu sichern, mit deren Beginn zwischen dem 10. und 15. Januar zu rechnen sei.

Handelsschutz vor Deutschland

Der verkehrspolitische Hintergrund des Problems Danzig—Memel—Wilna.

„Der polnische Korridor hat auch eine große internationale Bedeutung, denn sein Vorhandensein schützt den Handel des gesamten Mitteleuropas und einen großen Teil Rußlands dafür, das Opfer eines deutschen Eisenbahnmonopols zu werden."

Augur-Poljakow, Ostleiter der London „Times" in „The Fortnightly Review", London, September 1927.

Die Genfer Lösung des Wilna-Problems ist keine Lösung. Nach den Erklärungen des litauischen Gesandten in Paris Klimas ist die Hauptschwierigkeit die Haltung Polens, das nicht vollständig darauf verzichtet habe, Litauen als ein Gebiet zu betrachten, das ihm entgangen sei. Die Polen wollten in Wirklichkeit Litauen friedlich oder auf andere Weise aufsaugen. Und der polnische Außenminister Zaleski gab als Hauptpunkte der kommenden Verhandlungen mit Litauen die Schiffahrt auf dem Njemen Memel und den Eisenbahnverkehr zwischen Kowno und Wilna an. Zaleski weiß, daß Kowno und Wilna die den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte im west-östlichen Handelsverkehr auf dem Landweg sind.

In den zwei Jahrhunderten der litauisch-polnischen Union von Lublin, von 1569 bis zur Teilung Polens, öffnete Peter der Große „das Fenster nach Europa". Er gründete Petersburg und gab dem frischen Luftzug des westlichen Fortschrittes Zutritt zu dem in der „trüben Zeit" polonisierten und latainisierten Moskau. Er kehrte dem Kreml den Rücken und gab seinem Land zugleich mit der Gründung Petersburgs, ein Seeschiffahrtsstatut. Da nach den Hanseaten die Polen zu Beherrschern des Landweges von Moskau nach Europa und von Europa nach Asien geworden waren, stieß Peter der Große die Mauer am Finnischen Meerbusen ein.

Aber schon in der „trüben Zeit" und vorher hatten die Engländer durch ihre „Muscovy Company" in Archangelsk bei 90 Prozent Dividenden und durch einen zollfreien Warentransit über Narva, Dorpat, Moskau und Kasan nach Persien, Buchara und Samarkand einen Vorsprung vor allen anderen westlichen Handelsvölkern erhalten. Als dann auf dem englischen Wasser- und Landweg über das Moskowitische Reich auch andere Handelsvölker auftauchten und den Russen Vorteile anboten, entschied sich Englands erster Kampf mit Moskau um ein Handelsmonopol zu seinen Ungunsten. Moskau versagte den Engländern das von diesen verlangte ausschließliche Recht der Nutzung des Seehandelsweges nach Rußland.

Es kamen dann viele Jahrzehnte, in denen der großrussische, vom polnisch-katholischen Einfluß befreite Kern erstarkte durch die Union mit der Ukraine, die Eroberung der Krim, Mittelasiens und des Kaukasus. Sodann konnte schon Anfang des 19. Jahrhunderts Petersburg im Einvernehmen mit Napoleon Truppen zum Vormarsch auf Indien bereitstellen. Aber Kaiser Paul wurde vergiftet und erst nach der Niederwerfung Rußlands in Ostasien 1905 und in Mittelasien 1907 konnte England mit der Einbeziehung Rußlands in seine Kreise beginnen.

350 Jahre nach seinem ersten Monopolstreit mit Rußland, im Weltkrieg, in seiner Stellung in Petersburg durch „deutsche Machenschaften" bedroht, legte England Hand an den Hebel zum Sturz des Beherrschers des kürzesten Landweges nach Indien, verhinderte trotz vorherigen Versprechens die Erfüllung der russischen Sehnsucht nach den Dardanellen und stieß Deutschland vom Bagdadweg und die verbündeten Mittelmächte von der Donau und von dem Landweg zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Und schon bei den ersten Handelsvertragsverhandlungen wieder mit dem inzwischen nach Moskau in die „trübe Zeit" zurückgesunkenen Rußland verlangte England die Oeffnung der russischen Seehäfen. Auch heute, wo die Londoner Presse das gleiche Verlangen laut wiederholt, stellte Litwinow Chamberlain in Genf zugleich mit dem Versprechen, Englands Interessen in Mittelasien nicht anzutasten, anheim, die Bestimmung der englischen Interessensphären in Asien selbst zu treffen. In denselben Tagen redete Litwinow Polen und Litauen zu, den Kriegszustand zu beseitigen und überließ die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Warschau und Kowno „als ausschließlich eigene und unmittelbare Sache" den beiden Gegnern. „In einer längeren Unterredung mit Zaleski unterstrich Litwinow die Friedensschritte der Sowjetregierung und die Bedeutung einer tatsächlichen Unabhängigkeit Litauens unter jeder beliebigen Regierung sowie auch der Unabhängigkeit der baltischen Staaten für den Frieden. Ferner wurden die Verhandlungen über einen Garantiepakt und einen Handelsvertrag berührt. Zaleski gab über die Politik Polens äußerst beruhigende Erklärungen ab." (Prawda).

Resignation vor England und Polen! Dies ist das jüngste Ergebnis Moskaus in seinem vielhundertjährigen Kampf mit England um die Seehandelswege und ihre Küsten-Hinterländer in Nordosteuropa. **Moskaus geschichtlicher Durchbruch über den Finnischen Meerbusen ist durch Englands Skandinavien- und Ostseetradition mit Hilfe**

Polens abgewehrt und die Krönung dieses Ringens mit dem Landbären Rußland ist Polens See- und Eisenbahnmacht Wilna—Kowno—Memel—Danzig, ausgedrückt im Verbleiben Wilnas in Polens Hand.

„Allerdings bringt ein Korridor für die eine Seite gewisse Unbilligkeiten mit sich, und es wäre das beste gewesen, wenn er durch einen Gebiets- und Bevölkerungsaustausch hätte beseitigt werden können, aber ein deutscher Korridor anstatt des polnischen würde für Polen ungleich größere Nachteile haben als die, die sich jetzt für Ostpreußen ergeben. Der geographische Zusammenhang des Deutschen Reiches ist dabei zerstört worden, und die Provinz Ostpreußen ist wieder, was sie vor der sündhaften Aufteilung Polens im 18. Jahrhundert war, eine separate deutsche Insel. **Ihre wirtschaftlichen Bande mit Deutschland sind aber nicht zerstört,** sondern durch besondere Bestimmungen in den Verträgen geschützt worden. England erkennt Polen als Großmacht an, und Deutschland muß Polen denselben Status zubilligen. Anstatt zu versuchen, in der Korridorfrage die Sympathien anderer Staaten auf seine Seite zu bringen, **sollte Deutschland direkt mit Polen wie mit einer anderen Großmacht verhandeln...** Deutschland mit seiner Leidenschaft zur Analyse ist oft unfähig, die Warnungen synthetischer Erwägungen zu verstehen."

Sturm gegen Woldemaras

Kowno. Die innerpolitische Lage in Litauen ist, nachdem vorübergehend eine gewisse Entspannung zu bemerken war, aufs neue mit Elektrizität geladen. Die Parteien hatten, während Woldemaras in Genf die Interessen des Landes vertrat, eine Art von Burgfrieden geschlossen und mit gespannter Erwartung den Genfer Ergebnissen entgegengesehen. Jetzt, nachdem das Resultat der Ratsverhandlungen feststeht, hat sich die Situation erneut zugespitzt. Sämtliche politische Parteien sind erregt darüber, daß Woldemaras sich lediglich unter Wahrung eines formellen Wilna-Vorbehaltes zur Aufhebung des Kriegszustandes mit Polen bereitgefunden hat und sich mit der Erklärung der Warschauer Regierung begnügte, daß sie die staatliche Unabhängigkeit Litauens nicht antasten wolle.

Man ist hier der Ansicht, daß durch die Aufhebung des Kriegszustandes der Verzicht auf Wilna praktisch festgelegt sei und daß Polen allmählich auf seine Wünsche auf Anbahnung konsularischer und diplomatischer Beziehungen erfüllt sehen werde.

Die Erregung ist um so stärker, als es gerade der nationalistische Woldemaras war, der das Prinzip „Ohne Lösung der Wilna-Frage keine Aufhebung des Kriegszustandes" preisgab. Die Hoffnung durch einen rigorosen Kriegszustand das Wilna-Gebiet wirtschaftlich zu ruinieren und auf diese Weise Polen zur Rückgabe zu zwingen, ist nun endgültig begraben.

Sowohl der große Rechtsblock der Christlich-Demokraten wie auch die Linksopposition laufen gemeinsam Sturm gegen die Polen-Politik des Ministerpräsidenten und wollen diesen zwingen, eine Regierung der „Großen Koalition" zu bilden. Die Bestrebungen, Woldemaras kaltzustellen, finden jetzt auch die Unterstützung eines Faktors, der sich bis vor kurzer Zeit als der sicherste Pfeiler des gegenwärtigen Regimes gezeigt hat: der Armee, bei der Woldemaras wegen seiner nachgiebigen Haltung in Genf einen großen Teil seiner einstigen Beliebtheit eingebüßt hat.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß in diesem kritischen Augenblick der Machtkampf mit aller Heftigkeit entbrennen wird, und bei der Abschätzung der Aussichten, die die einzelnen Parteien haben, wird man dem christlich-demokratischen Block, der bisher immer seine Stunde gut zu nützen wußte, die besten Chancen geben müssen.

Beilegung des russisch-schwedischen Konflikts

Stockholm. Der schwedische Reserveoffizier Norbert, der Beziehungen zur Sowjetgesandtschaft unterhielt, ist von den Gerichtsbehörden wieder freigelassen worden, da ihm keine strafbare Handlung nachzuweisen war. Die Sowjetgesandtschaft hat sich wegen des Zwischenfalls beim schwedischen Außenminister entschuldigt und ihm mitgeteilt, daß ihr Militärattachee wegen seines inkorrekten Verhaltens gegenüber Norbert abberufen werden wird. Während die konservative Presse fortfährt, die Sowjetgesandtschaft der Spionage zu bezichtigen, geben die sozialdemokratischen Blätter ihrer Befriedigung über die Beilegung des Konfliktes Ausdruck.

Die Gewaltherrschaft in Oklahoma

Neuyork. Wie aus Oklahoma gemeldet wird, wird das auf Befehl des Gouverneurs vom Militär auseinandergetriebene Parlament des Staates Oklahoma trotzdem wieder zusammentreten. Die Parlamentssitzung wird in einem Hotel abgehalten werden. Der Parlamentsvorsitzende erklärte, daß das Parlament auf das Recht des Zusammentritts niemals verzichten werde. Der Kommandant, der das Parlament sperrenden Truppen erklärte, daß auch gegen die Ansammlung von Abgeordnetentruppen innerhalb der Stadt vorgegangen werden müsse. In einer Proklamation sprach der Gouverneur von einer Abgeordneten-Insurrektion, die unterdrückt werden müsse. Einer Gerichtsentscheidung werde er sich fügen. Bis zu dieser aber würde der Zustand so bleiben, wie er heute sei. Wenn er mit seinen Maßnahmen noch sechs Stunden gewartet hätte, wäre er selbst aus seinem Büro geflogen. Von seinen Gegnern wird ihm Unfähigkeit im Amte vorgeworfen. Außerdem befände sich in seiner nächsten Umgebung eine Sekretärin, die dem Gouverneur die Briefe in die Hand diktiere. Der Einfluß dieser Sekretärin auf ihn sei sehr groß. Die Lehre, der sich der Gouverneur und seine Sekretärin hingeben, soll der absonderlichsten Zauberei gleich sein. Beide bestreiten aber dies alles. Fest steht aber, daß die Sekretärin aus dem Ku-Klux-Klan ausgestoßen worden ist und daß die Christliche Frauenunion noch vor einer Woche für das „Seelenheil" des Gouverneurs Gebete angeordnet hatte.

•

Neuyork. Wie aus Oklahoma gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus eine geheime Sitzung in einem Hotel außerhalb der Stadt abgehalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß sich der Gouverneur Johnston einer Verletzung der Verfassung sowie der Korruption schuldig gemacht habe. Der Gouverneur habe die Zivilgewalt durch Militärgewalt unterdrückt, obgleich er dazu nicht berechtigt war. Er habe einen Beamten ernannt, der sich des Fangraubs schuldig gemacht habe und auf dessen Kopf der Stadt Texas eine Belohnung gesetzt hat. Der Gouverneur habe ferner Gehaltsauszahlungen an unrechtmäßige Beamte vorgenommen und sich einer Verschwörung mit seiner Privatsekretärin und einer anderen nicht genannten Person schuldig gemacht. Auch gegen andere Regierungsmitglieder wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt. Die Debatte in der Sitzung soll sehr heftig gewesen sein. Das Parlamentsgebäude in Oklahoma ist auch weiter streng abgesperrt. Kein Abgeordneter hat es gewagt, die Postenkette zu durchbrechen.

Kantons rote Revolution

Ausrufung eines Volksrats.

Hongkong. In Kanton, wo sich die Extremisten der Innenstadt bemächtigt haben, nachdem die Polizei teilweise zu ihnen übergegangen war, sind noch immer Kämpfe der Regierungstruppen im Gange. Man rechnet mit ernsten Unruhen. Englische und französische Kanonenboote sind zum Schutze der Fremden nach Kanton abgegangen.

Eine drahtlose Meldung aus Kanton von gestern besagt, daß die Ausländer die äußeren Bezirke räumen und sich nach Hongkong zurückziehen. Die Kommunisten haben nach wie vor die Lage in der Hand. Die Schießereien und Feuersbrünste in der Stadt dauern an. Bisher ist es zu keinen fremdenfeindlichen Kundgebungen gekommen.

Die Regierung hat ein nach dem Muster der Sowjets gebildeter Volksrat übernommen, in dem außer einem bekannten Führer der Seemanns-Union an hervorragender Stelle der vormalige erste Sekretär Borodins als Kriegskommissar sitzt. 55 Deutsche sind zusammen mit anderen Ausländern durch ein englisches Kanonenboot aus Tungshan, einer Vorstadt von Kanton, nach der Fremdensiedlung Schamien gebracht worden. Bis jetzt liegen keine Meldungen über Belästigungen von Ausländern vor. Fast 40 Missionare, zum größten Teil Amerikaner und Deutsche, die aus dem Innern des Landes geflohen sind, trafen heute in Hongkong ein. Dasselbe Schiff landete mehrere Hundert chinesische Flüchtlinge aus Kanton.

Ein Kriegsschiff der Vereinigten Staaten hat im Europäer-Viertel von Kanton Waffen gelandet, die nach dem amerikanischen Konsulat geschafft wurden. Sie sind zum Schutze der dort untergebrachten Flüchtlinge bestimmt. Landungsabteilungen der amerikanischen Marine holen die Europäer aus der Chinesenstadt nach dem Fremdenviertel.

Französische Antwort an Mussolini

Paris. Den Erklärungen Mussolinis gegenüber dem Vertreter der Depeche Tunesienne wird in Frankreich allenthalben große Bedeutung beigemessen und aus ihnen ein Stimmungsumschwung in Italien herausgelesen. Die Pariser Rechtspresse benutzt diesen Anlaß erneut, um sich für eine baldige Zusammenkunft Mussolini mit Briand einzusetzen, während in der Linkspresse die Meinung in dieser Frage noch sehr geteilt ist. Immerhin erklärt heute das Oeuvre, vor kurzem habe Mussolini noch die Frage gestellt, mit mir oder gegen mich? Auf diese Frage habe Frankreich nicht antworten können. Wenn er aber heute von einer Vereinigung der Kräfte zur Sicherung des Weltfriedens ohne daß Frankreich auf etwas zu verzichten habe, spreche, so könne man mit ihm hierüber reden. Die Radikalsozialistische Volontee ist allerdings der Meinung, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge eine zu rasche Verhandlung nur zu einem Mißerfolg führen könne. Jede Verständigung und jede Begegnung zwischen Briand und Mussolini sei unmöglich, solange Rom nicht auf seine unerfüllbaren Ansprüche und eine Umstürzung des status quo, der Grenzen und der Einflußsphäre verzichte. Das sozialistische Peuple meint ebenfalls, es sei klar, daß Besprechungen gegenwärtig von gar keinem Nutzen seien, oder selbst eine Gefahr darstellen, die bestehende Spannung zu vergrößern, weil zwischen Frankreich und Italien auf der Basis der faschistischen Forderungen keine Verständigung erzielt werden könne. Immerhin gibt das Blatt die Möglichkeit zu, daß für später Verhandlungen möglich seien. Es sei aber an Rom Antwort zu geben und nicht an Paris.

Tschiangkaischek droht Moskau

London. General Tschiangkaischek, der erneut den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte des Südens übernommen hat, erklärte nach Meldungen aus Schanghai in einem Interview, daß die nationalistische Regierung zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland gezwungen sein werde, wenn Moskau mit seiner Intrigenpolitik in China fortfahre. In diesem Falle würden auch die russischen Konsulate im Befehlsbereich der nationalistischen Armee geschlossen werden. Tschiangkaischek bestätigte, daß die Führer der Kuomintang ihn mit der besonderen Aufgabe betrauten, die Einheit der Partei wieder herzustellen und die nationalistische Regierung zu reorganisieren. Er fügte hinzu, daß er alles tun werde, um im Süden den Bruderkrieg zu beenden und die Feindseligkeiten gegen Tschangtsolin wieder aufzunehmen.

Die französische Regierung für das Frauenstimmrecht

Paris. Die Frage des Frauenstimmrechtes und der Wählbarkeit der Frauen wird augenblicklich durch einen Gesetzvorschlag Martin wieder akut, der im Senat eingebracht ist. Die Senatskommission für Stimmrechtsfragen hat kürzlich diesen Vorschlag mit sieben gegen fünf Stimmen abgelehnt und scheint auch nicht mehr geneigt zu sein, sich dem von der Kammer angenommenen Entwurf anzuschließen, der den Frauen allein bei Gemeindewahlen das Stimmrecht geben will. Dem „Matin" zufolge soll der Ministerrat mit acht gegen fünf Stimmen beschlossen haben, den Gesetzvorschlag Martin gegen die Senatskommission zu unterstützen. Die Linksdemokraten, also die äußerste Rechte, soll von Poincaree hierüber Erklärungen verlangen. Ein Teil der Partei soll sogar seine künftige Haltung gegenüber dem Kabinett von dieser Frage abhängig machen.

Ein tausendjähriger Prozeß.

Das Zivilgericht von Neapel verhandelt einen merkwürdigen Prozeß, der seit dem Jahre 1000 schwebt. Zu jener Zeit rechneten die Menschen mit dem Ende der Welt, und überließen unter dieser Furcht vielfach ihren Besitz den Klöstern. So wurde im Dezember 999 von den Besitzern ein Berg, der zwischen Salerno und Neapel liegt und reich an Holz und Weideland ist, dem Kloster Santo-Trifono abgetreten. Im Jahre 1002 widerriefen die Geber jedoch ihre Schenkung, aber die Mönche wollten nicht darauf verzichten. Man plädierte vor Gericht, aber der Prozeß wurde immer wieder aufgeschoben. Jetzt ist er wieder durch die Gemeinden Letere und Ravello aufgenommen worden, die Anspruch auf den ganzen Besitz erheben.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

48)

24. Kapitel.

Aziz.

Sehr oft ist mir seit den Tagen, da diese Ereignisse sich abspielten, die Frage gestellt worden: Wer war Dr. Fu-Mandschu? Ich sehe mich leider zu dem Geständnis genötigt, daß ich mir eine endgültige Antwort für später aufheben muß. Augenblicklich kann ich nur die Richtung meiner Mutmaßungen andeuten, und es sei meinen Lesern überlassen, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Welche Gruppe oder Partei können wir für den Sturz der Mandschus verantwortlich machen? Ein oberflächlicher Beurteiler der chinesischen Geschichte würde antworten: „Jung-China". Diese Erklärung befriedigt nicht. Was ist mit Jung-China gemeint? Vor meinen eigenen Ohren hat Fu-Mandschu heftig den Gedanken einer Verbindung mit den Zielen jener Bewegung weit von sich gewiesen; und angenommen, daß er sich seinen Namen nicht beigelegt hatte, konnte er erklärlicherweise weder Anti-Mandschunese noch Republikaner sein. Der chinesische Republikaner gehört der Mandarinenkaste an, aber einer neuen Generation, die ihren Konfuzianismus unter abendländischem Firnis verbirgt. Zwischen diesen wühlenden Gruppen findet sich aber noch eine dritte Partei, und meiner Ansicht nach war Dr. Fu-Mandschu einer ihrer Führer.

Wo hielt Fu-Mandschu sich während seiner Tätigkeit in London verborgen?

Das ist schon leichter zu erklären. Eine Zeitlang glaubte Nayland Smith — und ich mit ihm —, daß die Opiumhöhle in Höhe des alten Ratcliff-Highway die Operationsbasis des Chinesen sei; später vermuteten wir, daß das Haus bei Windsor und dann das Blockschiff in der Nähe der Sümpfe ihm als Schlupfwinkel dienten. Aber ich glaube mit Bestimmtheit versichern zu können, daß die Stätte, die er sich als Heim erwählt, das Gebäude im Osten Londons an der Flußseite war, das ich unter Karamanehs Führung betreten hatte.

Nachdem wir mit Hilfe Karamanehs dieses vormalige Lagerhaus entdeckt hatten, das von außen einen schmutzigen, unansehnlichen Anblick bot, innen jedoch raffiniert luxuriöse Wohnräume barg, wurde es zu dem von unserer schönen Freundin endlich bezeichneten Zeitpunkt von Kommissar Weymouth mit einem starken Aufgebot seiner Beamten umzingelt. Es war ein sehr dunkler Abend. Ein Motorboot der Strompolizei hielt die Rückseite des Baus in Schach.

„Werden Sie Ihr Versprechen halten?" flehte Karamaneh, während sie mir in die Augen sah.

„Was sollen wir tun?" forschte Smith.

„Sie und der Herr Doktor müssen zuerst eintreten und Aziz hinaustragen. Ehe er nicht aus dem Hause ist, dürfen Sie keinen Angriff auf..."

„... auf Dr. Fu-Mandschu unternehmen?" fiel Weymouth ein. Denn Karamaneh zögerte wie immer, den gefürchteten Namen auszusprechen. „Aber wie wissen wir, daß uns keine Falle droht?" Der Kommissar teilte nicht ganz mein Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Orientalin, von der er wußte, daß sie die Gehilfin des Chinesen war.

„Aziz liegt in seinem Zimmer," erklärte sie. „Es befindet sich nur einer der Burmanen im Hause, und der darf nicht ohne Aufforderung eintreten."

„Aber Fu-Mandschu?"

„Ihn brauchen wir heute nicht zu fürchten. Innerhalb von zehn Minuten wird er Ihr Gefangener sein. Ich habe jetzt keine Zeit, Ihnen alles zu verdeutlichen — Sie müssen mir glauben!" Sie stampfte ungeduldig mit dem Fuß auf.

„Und der Dakoit?" fragte mein Freund.

„Auch er."

„Ich halte es doch für besser, Herrn Smith zu begleiten," erklärte Weymouth zögernd.

Karamaneh zuckte die Achseln und öffnete die Tür in der hohen Steinmauer, die den finsteren, übelriechenden Hof von Fu-Mandschus üppigen Gemächern trennte. „Keinen Laut!" warnte sie.

Smith und ich folgten in den Korridor. Kommissar Weymouth, der einem Unterbeamten noch einige Anweisungen erteilt hatte, bildete die Nachhut. Auf dem mir bereits bekannten Weg gelangten wir schließlich zu der Galerie. Finsternis und Schweigen ringsum; eine einschläfernde Finsternis — ein Schweigen voller Geheimnisse.

Karamaneh, im gedämpften Lampenlicht drunten über den jungen Aziz gebeugt, bedeutete mir durch einen Wink, näherzukommen. Meine Füße versanken in dem dicken Teppich, als ich durch die Dunkelheit des großen Zimmers nach dem Lichtfleck ging und an des Mädchens Seite den Schlummernden betrachtete.

„Schnell!" stieß sie hervor. „Schnell! Wecken Sie ihn! Ich habe Angst!"

Ich entnahm meinem Täschchen eine Spritze nebst dem Fläschchen mit der bernsteinfarbenen Flüssigkeit und lüftete die weiße Decke. Der Knabe, völlig bekleidet, hatte die Hände über der Brust gefaltet. Als ich die Spritze ansetzte, bemerkte ich Spuren früherer Injektionen.

Ich hätte die Hälfte meines geringen irdischen Besitzes hingegeben, um die wirkliche Zusammenstellung des Präparats zu erfahren, das jetzt durch die Adern Aziz' strömte, der grauen Farbe seines Gesichts einen rosigen Schimmer verlieh und den Scheintoten langsam dem Leben wiederschenkte. Doch nicht dies war der Zweck meines Besuchs. Es galt, aus Dr. Fu-Mandschus Haus die lebende Kette zu holen, die Karamaneh an ihn fesselte. War Aziz frei, dann war auch der Einfluß des Doktors auf die Sklavin gebrochen.

Meine Gefährtin kniete nieder und verschlang mit den Augen das Antlitz des Knaben.

„Sie brauchen nichts zu befürchten!" flüsterte ich. „Sehen Sie: Die Atmung kehrt zurück! In wenigen Minuten wird er wieder wohlauf sein!"

Die Ampel über uns schwankte leise, wie von einem Zugwind bewegt. Die schweren Lider des Knaben vibrierten, und Karamaneh preßte krampfhaft meinen Arm, während wir darauf warteten, daß die langen Wimpern sich aufschlagen sollten.

Die unnatürliche Stille im Gemach schuf mir ein bedrückendes Gefühl des Unbehagens. Weymouths neugieriges Gesicht lugte über meine Schulter.

„Wo ist Dr. Fu-Mandschu?" flüsterte ich, als nun auch Nayland Smith an meine Seite trat. „Die Stille ist mir unbegreiflich..."

„Halten Sie Umschau!" erwiderte Karamaneh, ohne ihre Augen von den Zügen des Knaben zu lösen.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Schattenseite des poln. Kohlenkontingents nach Deutschland

Die Hauptausfuhrartikel, welche Polen nach Deutschland auf Grund des Handelsvertrages liefern will, sind vor allem Kohle, Fleisch und Holz. Gegen die Einfuhr dieser Artikel wehrt sich neben der deutschen Landwirtschaft die Schwerindustrie in Deutsch-Oberschlesien, und zwar nicht ohne gewisse Berechtigung. Nach der Abstimmung von 1921 wurde nicht nur das Land Oberschlesien in Ost- und West-Oberschlesien geteilt, sondern auch die Schwerindustrie, die förmlich zusammengewachsen war, wurde ebenfalls in zwei Teile zerschlagen. Nach der Ziehung der Grenze gibt es zwei Schwerindustrien, die in Deutsch-Oberschlesien und die in Polnisch-Oberschlesien. Bekanntlich lag das Absatzgebiet der oberschlesischen Schwerindustrie, bevor sie geteilt wurde, in Deutschland. Nach dem Ausbruch des Zollkrieges wurde der polnische Teil der schlesischen Schwerindustrie von ihren Absatzgebieten getrennt und verfiel sofort in eine schwere Absatzkrise, die, obwohl gemildert, noch bis heute andauert. Daß die ostoberschlesische Schwerindustrie sich nach einem Handelsvertrag mit Deutschland sehnt und möglichst hohe Absatzkontingente erzielen möchte, liegt klar auf der Hand. Es geht hier um die Erhöhung des Profits, um höhere Verzinsung des Betriebskapitals und um höhere Dividende. Unsere Bergarbeiter haben auch ein Interesse an einem möglichst hohen Kohlenkontingent nach Deutschland, weil viele Tausende Arbeit bekommen werden. Unseren Bergarbeitern bringt ein günstiger Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland Arbeit und Brot und es ist ein höherer Verdienst nicht ausgeschlossen. Aber nicht nur allein die Bergarbeiter werden nach Abschluß eines günstigen Handelsvertrages mit Deutschland profitieren, sondern auch die Hüttenarbeiter. Insbesondere die Stahl- und Walzwerke und nicht zuletzt die Zinkhütten werden Aufträge aus Deutschland bekommen und dadurch eine wesentliche Belebung ihrer Produktion erfahren. Also die gesamte Schwerindustrie in Polnisch-Oberschlesien hat ein großes Interesse an einem günstigen Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. So in Polnisch-Oberschlesien, und wie denkt man in Deutsch-Oberschlesien über den Handelsvertrag mit Polen?

Nach Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges wurden die Gruben und Hüttenwerke, die bei Deutschland verblieben, mit Aufträgen überhäuft. Sie hatten mit Kohle und Eisenprodukten den ganzen Absatzmarkt zu versorgen, der vor dem Zollkriege von den deutschoberschlesischen und polnischoberschlesischen Schwerindustriellen versorgt wurde. Die deutschoberschlesische Schwerindustrie hat eine Hochkonjunktur zu verzeichnen. Diese Hochkonjunktur wird nach dem Abschluß des Handelsvertrages mit Polen bedroht. Insbesondere fühlt sich die deutsche Kohlenindustrie durch den Handelsvertrag mit Polen bedroht, weil sie dann ihre Absatzmärkte mit der polnischen Kohlenindustrie teilen muß. Die Hochkonjunktur kann rasch in eine wirtschaftliche Krise umschlagen, womit nicht nur in den Kreisen der deutschen Industriellen, sondern auch in den Kreisen der Arbeitergewerkschaften sehr ernst gerechnet wird.

In Deutsch-Oberschlesien arbeiten gegenwärtig mehr als 12 000 Bergarbeiter aus Polnisch-Oberschlesien. Die materielle Lage dieser Arbeiter ist verhältnismäßig günstig, weil sie ihren Lohn in Rentenmark gezahlt bekommen, die sie dann in Polnisch-Oberschlesien umwechseln. Wird Deutschland ein größeres Kohlenkontingent aus Polnisch-Oberschlesien abnehmen, dann sind Arbeiterentlassungen in Deutsch-Oberschlesien unvermeidlich. Das haben selbst Arbeitergewerkschaften in Deutsch-Oberschlesien vorausgesehen und einmütig den Beschluß gefaßt, bei Arbeiterentlassungen zuerst die Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien zu entlassen. Dieser Beschluß ist einmütig gefaßt, und zwar von deutschen und von polnischen Gewerkschaften drüben. Für die Polnische Berufsvereinigung ist dort Witczak und den Zentralny Zwionzek Trombalski unterfertigt. Daraus geht klar hervor, daß man sich bei Fassung des Beschlusses lediglich von den Interessen der dortigen Arbeiterschaft leiten ließ.

Wir sehen also, daß das hohe Kohlenkontingent nach Deutschland nicht ohne Schattenseiten ist. Die Kapitalisten werden dabei profitieren und ihre Gewinne erhöhen können, die Arbeiter hingegen werden nach wie vor das Nachsehen haben. Polnische Bergarbeiter, die heute in Deutsch-Oberschlesien arbeiten, gelangen zur Entlassung. Sie werden wahrscheinlich eine Beschäftigung in Polnisch-Oberschlesien finden können, doch erhalten sie hier anstatt Rentenmark polnische Zloty, werden also materiell schlechter gestellt sein.

Womit sich unsere Betriebsräte abgeben

Das Betriebrätegesetz besteht schon einige Jahre und ein großer Teil der Betriebsräte mißbraucht dieses trotzdem immer noch zu verschiedenen Zwecken. Eine Glanzleistung zwar haben sich die Betriebsräte der polnischen Berufsvereinigung und leider auch des Zentralverbandes in den Stickstoffwerken geleistet, vielleicht deshalb, weil diese 2 Organisationen in dieser Anlage konkurrenzlos sind. Nachdem sie alle möglichen Handelsgeschäfte betrieben, haben sie sich am 9. d. Mts. ein Ganzstück geleistet, insofern, indem sie der Belegschaft mitteilen, daß sie einstimmig einen Beschluß gefaßt haben, die ganze Belegschaft in die Liga Morska aufzunehmen. (Flottenverein). Die Arbeiter sind verpflichtet monatlich 50 Groschen, die durch Abzug getätigt werden, zu zahlen. Also eine ganz feine Weihnachtsüberraschung. Welcher § des Betriebsrätegesetzes ihnen die Vollmacht dazu gibt, ist aus dem Ukas nicht zu ermitteln, aber sie werden wohl schon wissen, welcher § sie dazu ermächtigt hat, denn es sind ganz tüchtige Menschen.

Erwähnenswert wäre noch, daß die Belegschaft seit vielen Jahren eine Pensionskasse wünscht, deshalb, weil dort der Arbeiter bei der ausgespannten Arbeit nur kurze Zeit seines Lebens erwerbsfähig bleibt. Wenn er ausgesaugt ist, wird er auf die Straße geworfen und darum ist der Wunsch nach der Pensionskasse schon sehr lange laut geworden. Aber das geht die Betriebsräte gar nichts an. Das ist nicht ihre Sache, so glauben sie, darum soll sich kümmern, wer da will. Auch in der Krankenkasse ist so manches nicht ganz koscher. Auch da haben die Betriebsräte nicht die nötige Zeit, sich darum zu kümmern. Die Verdienste der Stickstoffarbeiter sind nicht sehr rosig, denn es sind Leute dort beschäftigt die monatlich auch nur 120 bis höchstens 150 Zloty verdienen und man schämt sich nicht, diesen Leuten noch die 50 Groschen mit Gewalt abzuknöpfen. Aber müßte man hier nicht sagen: „Die Belegschaft ist sich selber daran schuld, denn sie hat den Betriebsrat selbst gewählt?“

Wir können ihr nur empfehlen, in anderen Organisationen Zuflucht zu suchen und dann andere Vertreter zu wählen.

Die Arbeitszeitfrage in Deutschland

Wir haben uns vor etlichen Tagen mit der Arbeitszeitfrage Polnisch-Oberschlesien und Deutschland beschäftigt. Bei uns in Polnisch-Oberschlesien sind die Dinge vorläufig noch im Werden und wird diese Frage erst bei der nächsten Zusammenkunft mit Ingenieur Gallot näher besprochen.

In Deutschland soll das Arbeitszeitgesetz, das ab 1. Januar 1928 eingeführt werden sollte. Sechs Monate vorher führte man dieses Gesetz mit einigen Einschränkungen ein. Dadurch sollten die Industriellen in Deutschland die Zeit für eine evtl. Umstellung bis zur Einführung benutzen. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsministerium haben die Unternehmer erklärt, daß sie noch etliche Jahre für eine Umstellung benötigen. Die Gewerkschaften haben jedoch nach Feststellung durch ihre Betriebsräte nachgewiesen, daß diese wesentliche Umstellung in den Betrieben bereits erfolgt, und durch Einführung der 8stündigen Arbeitszeit kein Rückschlag der Produktion zu erwarten ist. Nun hat das Reichsarbeitsministerium auf die Eingabe der Unternehmer vom 16. Juli 1927 am 12. Dezember eine Antwort zukommen lassen. Demnach erklärt das Reichsarbeitsministerium, daß es unter keinen Umständen das Arbeitszeitgesetz über den 1. Januar hinausschieben will. Die Bedenken der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt und Wohnungswesen wurden von Regierungsseite nachgeprüft und die berufenen Landesämter und Arbeitsvermittlungsstellen haben diese Fragen für überwunden beantwortet. Damit ist die Motivierung der Arbeitgeber, das Gesetz hinauszuschieben, als unbegründet erwiesen. Ein evtl. Ausbau dieser Werke, die heute noch nicht ihren Ausbau vollzogen haben, ist mit geringen Mitteln bis 1. Januar möglich. Eine Erleichterung kann nur darin getroffen werden, daß für die Hütten die sonntägliche Ruhe von 24 Stunden auf 12 Stunden herabgesetzt wird. Weiter sagt das Schreiben, daß die Werke, die ihre Umstellung bereits vornehmen, bis 1. Februar 1928 einen evtl. Gebrauch von dem Paragraphen für Ueberstunden machen könnten, und dieses nur mit der Zustimmung des Gewerbeaufsichtsamtes, wobei die Prüfung mit der Betriebsvertretung vorgenommen werden muß.

Hier liegt wiederum ein gewisser Pferdefuß darin. Heute kann man wohl schon sagen, daß eine Unmenge von Betrieben ihre Anträge auf Hinausschiebung bis zum 1. Februar gestellt haben. Es wird natürlich zur Folge haben, daß das Gewerbeaufsichtsamt die Prüfung nicht so schnell erledigen kann und das allen den Betrieben mindestens bis Februar oder gar 1. März möglich ist, von dem Sicherheitsparagraph Gebrauch zu machen. Sollte dies aber ein Kompromiß sein, das jedoch endgültig die zehnstündige Arbeitszeit aus der Welt schafft, dann wäre auch hier vielleicht die Stellung der Reichsregierung zu verstehen. Unter keinen Umständen könnte man aber von einer festen Regelung sprechen, wenn dieses letzte Kompromiß einen Nachteil den Arbeitern bringen würde. Dann dürfte man in Deutschland mit dem größten Widerstand und der größten Kampfaufstellung rechnen.

Deutsch-Oberschlesien soll in dieser Frage eine gewisse Ausnahme bedeuten. Man will Deutsch-Oberschlesien zum 8-Stundentag ohne weiteres überführen. Die Aeußerung des Reichsarbeitsministeriums nehmen mehr Bezug auf die Rhein- und Ruhrreviere. Wir können heute voraussagen, daß die Dinge der Arbeitszeit in Deutschland noch nicht endgültig gelöst sind. Verbindet man damit die Frage der Entlohnung, wonach der Schichtlohn von 10 Stunden auf 8 Stunden umgerechnet werden soll, so werden sich hier große Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die Gewerkschaften werden ihre berechtigten Forderungen aufrecht erhalten, während es den Anschein hat, als wenn man die Lohnfrage besonders behandeln will, denn nach den bisherigen Meldungen der arbeitgeberfreundlichen Zeitungen will man erst die Lösung des Termins für die Einführung abwarten, um dann über die Entlohnung zu sprechen.

Wir in Polnisch-Oberschlesien verfolgen die Dinge aus rein informatorischen Gründen. Eine Rückwirkung der dortigen Verhältnisse bei uns kann nicht Platz greifen. Unsere Industrie ist vollständig umgestellt, was man aus den hohen Produktionszahlen, verteilt auf den Kopf des Arbeiters, entnimmt. Die großen Bedenken, die jenseits der Grenze sich zeigen, stammen ausschließlich von Betrieben her, die ähnliche Betriebe in Polnisch-Oberschlesien nicht finden werden. Wir können also hoffen, daß Regierungsseits bei uns nicht die Meinung eines Rhein- oder Ruhrindustriegebiets als Vergleich genommen wird, sondern das man uns als eine polnische Industrie mit ihrer Leistungsfähigkeit betrachtet.

Bürgermeister Poppek und die Minderheitschule

Gestern hatte sich vor dem Schöffengericht in Kattowitz der verantw. Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“, Dr. Wilhelm Hoffmann wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Siemianowitz, Ferdinand Poppek zu verantworten, weil in dem besagten Blatte am 22. Mai d. Js. ein Artikel erschienen war, in dem behauptet worden war, daß der Bürgermeister einem arbeitslosen Arbeiter die Unterstützung deshalb gekürzt habe, weil er seine Kinder in die deutsche Minderheitsschule schicke, und zweitens, daß der Bürgermeister durch ihm untergebene Organe mittels besonders hergestellter Listen von Eltern deutscher Schulkinder Propaganda für die polnische Schule machen ließ.

Als Belastungszeugen traten der Bürgermeister, sowie beide Direktoren der Siemianowitzer Schulen auf, in deren Gegenwart der Bürgermeister, nach den Ausführungen des Blattes, zu dem besagten Arbeiter, namens Josef Gotschol, sich geäußert haben soll: „Ihnen wurde die Unterstützung deshalb entzogen, weil sie ihre Kinder in die deutsche Minderheitsschule schicken“. Alle diese Zeugen bestritten die Aeußerung. Zum Beweise dafür möge die Tatsache dienen, daß so eine Bemerkung des Bürgermeisters, gar nicht vorkomme. Hingegen sagte mit voller Entschiedenheit, gleichfalls unter Eide, wie die drei vorgedachten Zeugen, der Arbeiter Gotschol aus, daß der Bürgermeister in der Sitzung der Schulkommission diese Aeußerung getan habe.

Bezüglich des zweiten Faktums, nämlich der Behauptung, daß der Bürgermeister für die polnische Schule zuungunsten der deutschen Minderheitsschule Propaganda betreiben ließ, bestritt gleichfalls diese Behauptung der von der Anklage geführte Zeuge Materna in dem Sinne, daß er nicht als Untergebener des Bürgermeisters und nicht in seinem Auftrage für die polnische Schule Propaganda gemacht habe, gab aber zu, daß er, nach aufgestellten Listen, einzelne Arbeiter seines Grubenwerkes aufsuchte, die er zur Einschreibung ihrer Kinder in die polnische Schule zu bestimmen suchte. Und wieder standen dieser Aussage die Aussagen zweier entlastender Zeugen, der Arbeiter Jendrecki und Jakub, gegenüber, die mit Bestimmtheit, unter Eid bekundeten, daß Materna bei der Rücksprache mit ihnen auf „Papiere“ anspielte, die er von der Gemeinde habe, und daß er sie unter Hinweis auf die üblen Folgen, die sie treffen werden, zur Schickung ihrer Kinder in die polnische Schule überredete. Es kam sogar bei der Verhandlung zwischen Materna und Jendrecki zu einem aufgeregten Streit, in dem Materna den Zeugen zu überzeugen suchte, daß er keineswegs in der Weise und in dem Sinne mit ihm gesprochen habe, während Jendrecki sich davon nicht abbringen ließ, auf seiner bei Gericht abgelegten Zeugenaussage zu bestehen.

Nach Schluß dieses Beweisverfahrens forderte der Staatsanwalt 2 Monate **Gefängnis** für den Angeklagten, worauf aber der Verteidiger Rechtsanwalt Proskauer den Freispruch verlangte, weil der Wahrheitsbeweis als gelungen anzusehen sei. Eigentlich in subjektivem Sinne, meinte der Verteidiger, sei die Behauptung des Propagandabetreibens von seiten des Bürgermeisters für die polnische Schule keine Beleidigung. Er (der Verteidiger) als Pole würde es an seiner Stelle ebenso tun, aber er würde den Mut haben, sich dazu zu bekennen. Daß die inkriminierte Aeußerung des Bürgermeisters nicht ins Protokoll gekommen ist, sei ja nicht zu verwundern, denn wie konnte es denn anders sein. Insbesondere wies der Verteidiger auf die besondere Vorsicht des angeklagten Redakteurs hin, daß vor Aufnahme der Angaben des inkriminierten Artikels ein besonderes, beglaubigtes Protokoll unterfertigt worden war und daß der Angeklagte als Redakteur einer deutschen Zeitung beruflich verpflichtet war, diese Angaben zu publizieren.

Das Urteil des Gerichtes lautete **auf 30 Zloty Geldstrafe**. In der Begründung hieß es, daß bezüglich der Aeußerung des Bürgermeisters gegenüber Gotschol der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe und daß er nicht wissentlich den Bürgermeister beleidigen wollte. Hingegen bezüglich der zweiten Behauptung, sei in der Verhandlung nicht erwiesen worden, daß Materna im Auftrage des Bürgermeisters gehandelt habe.

Wir wollen auf die Begründung des Urteils nicht näher eingehen, warum, werden die uns sehr genau kontrollierenden Gerichtsinstanzen verstehen. Aber dieses Urteil läßt uns, nachdem wir selbst in mehreren Fällen und in derselben Angelegenheit gegen den Bürgermeister Poppek uns von früher zu verantworten hatten, vieles zu denken übrig. — Für uns ist nach diesem Urteil zu mindestens der Beweis erbracht, daß Bürgermeister Poppek seine Befugnisse überschritten hatte.

Der Bergarbeiterverband schreibt uns:

In der Nummer 285 vom 13. Dezember des „Volkswille“ ist ein Artikel „Die verhängnisvolle Entschließung der Gewerkschaften in Deutsch-Oberschlesien“ veröffentlicht worden. Dazu senden wir Ihnen nachstehende Berichtigung entsprechend dem § 11 des Pressegesetzes.

Der Artikelschreiber ist schlecht informiert. So kann es nicht heißen, daß der Kohlenkontingent jährlich 200 000 Tonnen beträgt, sondern es handelt sich um 200 000 Tonnen monatlich Kohleneinfuhr, die laut Handelsvertrag vorgesehen ist. Dann ist die Auffassung falsch, daß man diese Menge mit 600 Arbeitern produzieren könnte. Im Uebrigen sind in Deutsch-Oberschlesien nicht 6000 sondern augenblicklich 9000 Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien beschäftigt.

Wenn die Gewerkschaften in Deutsch-Oberschlesien zu diesem Vertragsabschluß Stellung genommen haben, dann haben sie sich alle von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß man auf beiden Seiten, Deutschland wie Polen, die Aufmerksamkeit dahin richten will, daß bei einer evtl. schlechten Auswirkung die Gewerkschaften ihren Einspruch zu einer vermittelnden Regelung sich vorbehalten. Dann will man bei evtl. Entlassung nicht die Organisierten treffen, sondern in Frage kommen in erster Linie die nicht organisierten Arbeiter

Diese kurze Feststellung scheint uns äußerst notwendig, weil durch den Artikel sehr leicht die breite Arbeiterschaft irregeführt werden könnte.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes in Polnisch-Oberschlesien.

Der Berichtigung des Deutschen Bergarbeiterverbandes geben wir gern Raum in unserem Blatte, wenn sie auch in keiner Weise dem § 11 des Pressegesetzes, auf den man sich stützt, Rechnung trägt. Auch dürfte diese Berufung auf das Pressegesetz in dieser Angelegenheit ein Novum darstellen. Jedoch geben wir zu, daß der Artikel des Gewerkschaftssekretärs Sowa Irrtümer enthält, die einer Richtigstellung bedürfen; das aber von gewerkschaftlicher Seite, was bereits in der obigen Berichtigung geschehen ist.

Wenn seitens der Redaktion der Artikel des Gewerkschaftssekretärs Sowa kommentiert veröffentlicht wurde, so waren dafür Gründe maßgebend, auf die wir hier nicht eingehen wollen, doch wollen wir feststellen, daß in erster Linie die Verantwortung für gewerkschaftliche Artikel der Autor selbst trägt, zumal, wenn er in der Gewerkschaftsbewegung führend ist. Damit ist für uns diese Angelegenheit restlos erledigt. Für die Redaktion: Helmrich.

Die Einnahmen unserer Pfarrherren

Bekanntlich jammert die heutige Geistlichkeit, daß sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen sehr schlecht auskommen kann. Wir als Arbeiter können dem kein Gehör schenken. Was ein Geistlicher für Einnahmen hat, beweisen sehr gut die Steuerabgaben der Eichenauer an ihren Pfarrherrn. Allein die Georg-Grube liefert monatlich über 700 Zloty an Steuern ab. Es kommen noch die Metallhütten in Burowitz, die weit mehr Arbeiter aus Eichenau beschäftigen wie die Georg-Grube; die Schellerhütte und die privaten Bürger nicht zu vergessen, die alle Kirchensteuer zahlen

müssen, bringen eine ziemliche Summe auf. Dazu kommen die anderen Einnahmen aus den Beerdigungen, Trauungen und Taufen, die ziemlich gut im Tarif bezahlt werden. Wenn ein Bergarbeiter mit einem Monatsverdienst von 150 bis 200 Zloty mit einer 6köpfigen Familie auskommen muß, so ist das im Verhältnis zu den Einnahmen des Eichenauer Pfarrherrn ein jämmerlicher Brocken, ein Brocken, mit dem sich höchstens der Gründer der christlichen Lehre begnügt hätte, nur nicht seine heutigen Vertreter. Und was der Eichenauer Pfarrherr verdient, verdienen seine Kollegen ebenfalls, wenn nicht noch mehr. Aber sie werden stets weiter jammern, diese Herren, diese unproduktiven Elemente in der menschlichen Gesellschaft.

Wieder eine neue Spionageaffäre vor Gericht

Unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Zdankiewicz, gelangte am gestrigen Dienstag vor der Kattowitzer Strafkammer nach bereits dreimaliger Vertagung der Spionageprozeß gegen den Arbeiter Paul Heidrich aus Eichenau zum Austrag. Lediglich zwei Zeugen, darunter Kapitän Litz wurden vernommen, während von der weiteren Vorladung zweier nichterschienenen Zeugen Abstand genommen worden ist. Als Anklagevertreter fungierte Unterstaatsanwalt Piechowitz.

Dem Angeklagten Paul Heidrich wird zur Last gelegt, mit dem deutschen Geheimdienst längere Zeit hindurch in engster Fühlungnahme gestanden zu haben. Am 6. Mai d. Js. soll ein polnischer Geheimagent von Heidrich auf die deutsche Seite gelockt und dort verhaftet worden sein. Dieser Geheimagent wurde in Deutschland abgeurteilt und verbüßt angeblich eine einjährige Zuchthausstrafe.

Die gestrige Verhandlung gegen Heidrich wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Wie aus der Urteilsbegründung zu entnehmen war, konnte dem Angeklagten bei der Beweisaufnahme eine Schuld nachgewiesen werden. Das Urteil lautete auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von 5 Jahren.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater Kattowitz. Freitag, den 16. Dezember, abends ½8 Uhr, „Jugend im Mai", Operette von Leo Fall. — Montag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr, Schülervorstellung und freier Kartenverkauf: „Wallensteins Tod", Schauspiel von Schiller. — Freitag, den 23 Dezember, abends 6 Uhr, Kindervorstellung: „Aschenbrödel".

Zusatz-Kontrollversammlungen. Trotz Androhung schwerer Strafen hat es ein großer Prozentsatz der in Groß-Kattowitz wohnhaften Militärpflichtigen (Reservisten) unterlassen, an den festgesetzten Terminen zur Kontrollversammlung zu erscheinen. Das Militärbüro beim Magistrat in Kattowitz macht darauf aufmerksam, daß letztmalig Zusatz-Kontrollversammlungen an folgenden Tagen anberaumt worden sind: Freitag, den 16. Dezember cr., Jahrgang 1901; Sonnabend, den 17. Dezember cr., Jahrgang 1899; Montag, den 19. Dezember cr., Jahrgang 1887; Dienstag, den 20. Dezember cr., für diejenigen Mannschaften der Reserve (Kategorie A), sowie des Landsturms mit Waffe (Kategorie C), welche aus irgendwelchen Gründen im Vorjahr zur Kontrollversammlung nicht erschienen sind. Die Kontrollversammlungen werden nach wie vor im Stadtteil II (Zawodzie) und zwar im Alten Schützenhaus (Stara Strzelnica) pünktlich ab 8 Uhr morgens abgehalten. Die Meldepflichtigen müssen das Militärbuch, sowie die Mobilisationskarte, ferner alle im Besitz befindlichen militärischen Dokumente vorlegen. Bei unentschuldbarem Ausbleiben erfolgt Bestrafung gemäß den geltenden, militärischen Bestimmungen.

Königshütte und Umgebung

Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Krol.-Huta). Am Sonntag, den 11. Dezember d. Js., vorm. 10 Uhr, wurde die Mitgliederversammlung vom Kam. Smolka mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Verlesen des Protokolls, 2. Referat des Kam. Smolka, 3. Bericht über die Revierkonferenz, 4. Wahl des Ortsvorstandes, 5. Verschiedenes. Nach Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls nahm Kam. Smolka das Wort, um über die Entwicklung der Gewerkschaften zu referieren; er führte an, daß die Geschichte uns schon aus dem 15. Jahrhundert, aus der Blütezeit des Handwerks, Begebenheiten überliefert, die mit dem heutigen Kampf der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum außerordentlich verwandt sind. Dieselben Kampfmittel und dieselben Gegenmaßnahmen sind damals von den Zünften der Meisten, gegen die Gesellenvereinigungen und umgekehrt, angewandt worden. Die Forderungen der damaligen Handwerksgesellen waren, ähnlich denen, der heutigen Gewerkschaften. Die fortschreitende Industrialisierung förderte die Erkenntnis in Arbeitnehmerkreisen und es kam 1840 zur Gründung der ersten Anfänge einer Gewerkschaft, wurde aber 1848 durch rückläufige politische Bewegung wieder zertrümmert und durch das Vereinsgesetz von 1850 aufgelöst. Dennoch kam es viel später zur Gründung der ersten Gewerkschaften und zwar der freien Gewerkschaften um 1863 und in demselben Jahre entstanden die Verbände der Steinsetzer, Zimmerer, Maurer, Buchdrucker, Lithographen u. a. außerdem noch die durch Wilhelm Fritsche und Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereine. Währenddem Ferdinand Lassalle der Gewerkschaftsbewegung ablehnend gegenüberstand, weil er die Lösung aller Fragen auf politischem Gebiet sah, trat Karl Marx für die unbedingte Unabhängigkeit der Gewerkschaften ein. Große Leiden und Drangsale brachte das Sozialistengesetz der Gewerkschaftsbewegung und als der Bann im Jahre 1905 gebrochen wurde, marschierten die freien Gewerkschaften unaufhaltsam vorwärts und zählten 1 344 803 Mitglieder, den Höhepunkt erreichten dieselben nach dem Kriege und zwar 7 895 065 gegenüber den christlichen, welche 1 049 406 und die Hirsch-Dunckerschen 230 602 Mitglieder zählten. Die Inflationszeit brachte allen Gewerkschaftsrichtungen einen starken Rückgang, welcher wieder langsam behoben wird. Kurz streifte er auch das Eindringen der Gewerkschaften auf die Gebiete der Sozialpolitik; u. a. finden wir, daß der Aufgabenkreis der Gewerkschaften sich gewaltig erweitert hat und unser Ziel muß sein, die vorhandenen Rechte auszubauen und, daß kann nur dann mit vollem Erfolg geschehen, wenn wir alle die Säumigen aufrütteln und sie der Organisation zuführen, daß wir gegenüber dem Unternehmertum, eine Macht darstellen. Den Verlauf der Revierkonferenz, welcher ausführlich in dieser Zeitung gegeben wurde, erstattete Kam. Sekulski. Zu Punkt 4 gab Kam Smolka einen Bericht über die Tätigkeit des Ortsvorstandes und die Ein- und Ausgaben der Zahlstelle. Nach diesem setzte eine rege Debatte ein und es wurde schon vielmals von dieser Stelle aus hervorgehoben, daß gesunde Kritik immer am Platze ist, aber, sie darf nicht ins persönliche übergreifen. Dennoch können es Kameraden vom Vorstand nicht unterlassen, obwohl sie selbst ein großen Teil der Mitschuld tragen, sich an bestimmten Personen zu reiben. Zum Wahlleiter wurde Kam. Seipelt bestimmt, welcher die Wahl führte, aus wecher der alte Vorstand hervorging. Unter Punkt Verschiedenes wurden diverse Verbandsangelegenheiten erledigt, zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, sich rege für die Agitation des „Volkswille" einzusetzen, hierauf schloß er die gut besuchte Versammlung mit einem herzlichen „Glück auf!"

Versammlung der Maschinisten und Heizer. Am Sonntag fand hier eine Mitgliederversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes statt, die außerordentlich gut besucht war. Wegen Behinderung des Bezirksleiters Sowa referierte der Gen. Drzymalla über die Konsumbewegung. Der Kollege Hrabak gab wiederum eine Uebersicht über das Resultat des Frankfurter Verbandstages. Die Ausführungen der beiden Redner ergänzte der Kollege Wilczek, der in Abwesenheit des Kollegen Tabor den Vorsitz führte. Letzterer wies auch daraufhin, daß ab 1. Januar 1928 laut Beschluß der letzten Bezirksgeneralversammlung eine Erhöhung des Lokalzuschlages um 10 Groschen pro Woche beabsichtigt sei und ließ die Anwesenden darüber abstimmen, ob sie diesen Beschluß billigen. Dieses erfolgte einstimmig, was wiederum beweist, daß die Mitgliedschaft zu den von ihnen gewählten Delegierten volles Vertrauen hat, ein schöner Zug, der stets in der Arbeiterbewegung vorherrschen sollte. Am lebhaftesten war jedoch die Debatte über die Wiedereinführung des Achtstundentages. Es trat dabei ein erfreulicher Kampfeswille zum Ausdruck, der diejenigen, die diesen hintertreiben wollen, zu denken geben müßte. Schließlich wurde eine Resolution verfaßt und angenommen, die besagt: In der am 11. Dezember 1927 im Volkshaus Krol. Huta abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer wurde speziell zu den gegenwärtigen Verhandlungen der Gewerkschaften mit den maßgebenden Behörden betreffend Wiedereinführung des Achtstundentages in den Eisen- und Metallhütten Stellung genommen. Die anwesenden Mitglieder fordern die Gewerkschaftsführer auf, mit aller Energie dafür einzutreten, daß ab 1. Januar 1928 der Achtstundentag in den Eisen- und Metallhütten restlos eingeführt wird. Wir machen die Führer darauf aufmerksam, daß sie auf eine kategorienweise Ueberführung nicht eingehen dürfen, weil uns die Vergangenheit davon überzeugt hat, daß dadurch soviel wie nichts erreicht wird und jedes Kompromiß nur als Beruhigungspille für die Arbeiter dient. Nachdem noch gefordert wurde, es möge sich bei den Mitgliederversammlungen auch einmal ein Vertreter des Hauptvorstandes sehen lassen, schloß der Kollege Wilczek die sehr sachlich gehaltene Versammlung.

Wichtig für Wagenbesitzer. Die Polizeidirektion Königshütte, weist durch Aufstellung einer großen Warnungstafel darauf hin, daß das Passieren von Wagen und Automobilen, die ein Gewicht von über drei Tonnen haben, auf dem Most Wolnosci (Germaniabrücke) verboten ist.

Kohle für Arbeitslose. Diejenigen Arbeitslosen aus Königshütte, die vom Arbeitslosenamt Kohlenmarken erhalten haben, können die zustehende Kohlenmenge vom 14. bis 21 Dezember, von 8—12 Uhr, von den näherbezeichneten Schächten der Skarboferme abgeholt werden und zwar vom Wschodnie (Krugschächte), Zachodnie (Bahnschacht), Poludniowe (Bismarckschacht), Polnocne (Versuchsschacht). Die Kohle muß bis spätestens am 21. Dezember abgeholt werden, da spätere Meldungen keine Berücksichtigung finden und die Kohlenzettel ihre Gültigkeit verlieren.

Weihnachtsgabe für Kriegsveteranen. Wie alle Jahre, so werden auch zu den diesjährigen Weihnachtsfeiertagen die Veteranen aus den Kriegen von 1866 und 1870-71 von seiten der Stadt mit einer Weihnachtsgabe in Höhe von 50 Zloty pro Person bedacht. In Frage kommen noch 24 Veteranen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dieses ein weniger von sechs Personen, die bereits gestorben sind.

Der Abschluß der Kleidersammelwoche. Die für die Armen der Stadt Königshütte veranstaltete Kleidersammelwoche ist bereits abgeschlossen worden. Es wurden abgegeben verschiedene abgetragene Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhe usw. die zum größten Teil qualitativ sehr gut sind. Die Sachen sind in einem Raum der städtischen Feuerwache untergebracht und werden demnächst zur Verteilung gelangen. An Geld wurden über 800 Zloty gespendet. Die sonst übliche Abgabe von Stroh- und Zylinderhüten besonderer Spender, wurde dieses Jahr vermißt.

Eine Verschönerungskommission. Zwecks Verschönerung des Straßenbildes bezw. der Parkanlagen wurde eine Verschönerungskommission ins Leben gerufen, der als Mitglieder Stadtbaurat Cmicewicz, die Stadträte Krause und Boczek, die Professoren Koslowski und Kuczowski, sowie die Gärtner Leopold und Dworski angehören.

Myslowitz

Tagung des Stadtparlaments. Die nächste Stadtverordnetensitzung findet am 15. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, statt und dürfte mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung von 25 Punkten recht interessant werden.

Weihnachtsspende für Ortsarme. Der Magistrat Myslowitz hat sich an die Bürgerschaft mit der Bitte um freiwillige Spenden für die Aermsten der Stadt gewandt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Betriebsratswahlen. Bei den auf der Brandenburggrube stattgefundenen Betriebsratswahlen (Wawel) in Ruda erhielten: Polnischer Zentralverband 704 Stimmen, (4 Mandate, 1 Ergänzungsmitglied); Freie Gewerkschaften 478 Stimmen (3 Mandate, 1 Ergänzungsmitglied); Polnische Berufsvereinigung 339 Stimmen (2 Mandate) Christliche Gewerkschaften 337 Stimmen (2 Mandate).

Ausgabe von Verkehrskarten. Das Bezirksamt in Morgenroth macht bekannt, daß die neuen Verkehrskarten, soweit die Anträge bis zum 30. November gestellt wurden, wie folgt ausgegeben werden: Im Bezirksamt in Morgenroth für Personen die in Friedenshütte und Godullahütte wohnen am 19. Dezember mit den Anfangsbuchstaben: A, B, C, D, am 20. Dezember E, F, G, H, J, am 21. Dezember K, L, am 22. Dezember M, N, O; am 23. Dezember P, R, am 27. Dezember S, T, am 28. Dezember U, V, W, Z. In der Expositur des Bezirksamtes in Orzegow werden für die in der Gemeinde Orzegow wohnenden Personen die Verkehrskarten ausgegeben: am 19. Dezember mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F, G, H, J, am 21. Dezember K, S, am 23. Dezember die übrigen. Die Ausgabe erfolgt an den näherbezeichneten Tagen von 8½ bis 1 Uhr nachmittags gegen Abgabe der alten Verkehrskarten. Während den Ausgabetagen werden neue Verkehrskartenanträge nicht entgegengenommen.

Börsenkurse vom 14 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 15 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46.92 Rmk.

Ruda. (Aus der Bergarbeiterbewegung.) Am Sonntag, den 11. d. Mts., fand die Monatsversammlung der Zahlstelle des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Kaum ein Monat ist es vergangen, wo einige frühere Mitglieder sich aufrafften und von neuem eine Zahlstelle gründeten. Schon bei der Gründungsversammlung wurden sie von einem Vertreter der hohen Obrigkeit überrascht, der erklärte, daß er so einen Verband nicht kenne. Wir wollen nun von dieser Stelle aus mitteilen, daß in Ruda von unserem Verbande eine Zahlstelle schon im Jahre 1903 bestand, die sich mit der Zeit sehr gut entwickelte und erst während der Aufstandszeit unter der Gewalt der Terroristen eingegangen ist. Nun ist sie von neuem auferstanden und hat schon eine ansehnliche Mitgliederzahl zu verzeichnen. Kamerad Stargalla eröffnete die Versammlung und übergab dem Referenten Kam. Ritzmann das Wort, welcher in einer längeren Rede die Organisationsverhältnisse darlegte und in seinem zweiten Teil seiner Rede die Knappschaftsverhältnisse schilderte was die Anwesenden sehr interessierte. Kam. Schuhwald sprach in der Diskussion und forderte die Anwesenden auf, der Organisation treu zu bleiben und neue Streiter zu werben. Es muß hervorgehoben werden, daß unter den Versammelten mehrere junge Kameraden zugegen waren, ein Beweis, daß in Ruda für uns ein Gedeihen der Zahlstelle vorhanden ist. Die jungen Kameraden haben die Absicht, auch einen Arbeitersportverein zu gründen, weil sie der festen Ansicht sind, daß in allernächster Zeit eine Anzahl junger Bergarbeiter sich zusammenfinden werden, die der Sache sehr nahe stehen. Nach Erschöpfung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende mit einem Bergmannsgruß die Versammlung.

Pleß und Umgebung

Patente für Gastwirtschaften. Die Gebühren für Patente zum Ausschank von geistigen Getränken sind für Pleß nachfolgende: Restaurationen 147 Zloty, Kneipen 92 Zloty. Großhandel mit Schnaps 496, Kleinverkauf von Schnaps 73,50 Zloty, Großhandel mit Wein und Bier 31,20 Zloty, Kleinverkauf von Bier und Wein 20,20 Zloty. Bierausschank 34,90 Zloty. Bier- und Weinausschank 44,15 Zloty, Schnapsfabrikation 2787 Zloty.

Deutsche Theatergemeinde. Am Donnerstag, den 15. d. Mts., wird das deutsche Theater aus Bielitz in Pleß den Schwank „Der Igel" von Hans Reimann aufführen. Am heutigen Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, spielt die Neisser Jungschar im „Plesser Hof" zwei Weihnachts-Theaterstücke für Kinder und zwar „Der König mit den Pfeffernüssen" und „Hans fürcht' dich nit". Die Einheitspreise für die Kindervorstellung betragen 75, 50 und 30 Groschen.

Ueberfall. Von fünf bisher unbekannten Banditen wurde der Paul Bartetzki aus Wessola in der Nähe von Gieschewald überfallen und seiner Barschaft beraubt. Den Verbrechern fielen nur 30 Zloty und einige Zigaretten in die Hände.

Deutsch-Oberschlesien

Schlichterspruch in der weiterverarbeitenden Metall-Industrie.

Nach eingehenden Verhandlungen, die von ½11 Uhr bis nachmittags 16 Uhr gedauert haben, hat die Schlichterkammer, unter Vorsitz des ständigen Schlichters, Professors Brahn in Beuthen, einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die tariflichen Gehälter ab 1. Januar 1928 um 5½ Prozent erhöht werden. Gleichzeitig ist die Dauer dieses neuen Vertrages bis zum 30. Juni 1928 mit einer erstmalig am 31. Mai in Kraft tretenden vierwöchigen Kündigungsfrist festgesetzt worden.

Im Schiedsspruch ist ausdrücklich zum Ausdruck gekommen, daß dadurch irgend ein Schluß auf die Ansicht des Schlichters in bezug auf andere industrielle Arbeitgeberverbände nicht gezogen werden kann, da die ausführlich besprochenen und eingehend beleuchteten Verhältnisse der weiterverarbeitenden Metallindustrie zu dem vorliegenden Schiedsspruch geführt hatten, der alle Umstände, in denen sich die Industrie wie auch die Angestelltenschaft befindet, berücksichtigt hat.

Die Erklärungsfrist für die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs ist bis zum 22. Dezember d. Js. gestellt worden.

Beuthen. (Der seltsame Sprachfehler). Am Sonntag nachmittags wurde aus einer verschlossenen Wohnung auf der Virchowstraße ein Geldbetrag von 65 Mark gestohlen. In den Verdacht der Täterschaft geriet die Tochter des Bestohlenen, die der Polizei bereits bekannt ist. Die Kriminalpolizei fand die Tochter in einem Keller des Nachbarhauses. Sie wurde aus ihrem Versteck herausgeholt und mit zur Polizeiwache genommen. Dort leugnete sie hartnäckig. Bei ihrer Verteidigung fiel dem vernehmenden Beamten ein Sprachfehler auf, der früher bei ihr noch nicht in Erscheinung getreten war. Er forschte nach der Ursache und fand dabei das gestohlene Geld im Munde der Verdächtigen.

Oppeln. (Eine Mühle in Flammen.) In der Nacht zum Dienstag brach in der Mühle des Mühlenbesitzers Kasperek an der Rosenberger Straße auf bisher unermittelte Weise ein Brand aus. Das Feuer war in der Reinigungsanlage ausgebrochen und vernichtete auch die Reinigungsmaschinen. Bevor der Brand entdeckt wurde, hatte dieser bereits größere Ausdehnung angenommen und auch auf den Dachstuhl übergegriffen. Die Oppelner Wehr war bald nach der Alarmierung zur Stelle und verhinderte eine weitere Ausdehnung des Brandes. Auffallend bei dem Brande ist, daß er dem Brande ähnelt, von dem die Mühle kurz vor ihrer vollständigen Fertigstellung betroffen worden ist. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um Brandstiftung handelt. Die Polizei hat die nötigen Ermittelungen aufgenommen.



Für unsere Frauen

Mutterschaft und Volksglaube

Die Vorgänge der Schwangerschaft und der Geburt sind für den heutigen Wissenschafter, den Mediziner, Spezialgebiete seines Faches, die er mit den gleichen Mitteln wissenschaftlicher Untersuchung behandelt, wie alle anderen medizinischen und klinischen Fälle, die er zu bearbeiten hat. Eine ganz andere Rolle spielte die werdende Mutter dagegen in der Vorstellungswelt des Laien, im Volksglauben. Von jeher galt sie bei fast allen Völkern der Erde als mit besonderen Kräften erfüllt, auf der anderen Seite allerdings auch als besonders zugänglich für schädliche, böswillige Geister. Eine Fülle der verschiedenartigsten Vorstellungen gruppierten sich um die Wöchnerin und um das werdende Leben. Sie alle dienten dazu, eine Erklärungsmöglichkeit für die Geheimnisse zu bieten, von denen der dunkle Vorgang des Werdens und der Geburt umgeben zu sein schien.

In katholischen Gegenden ist es hier und da noch heute Sitte, daß die junge Mutter nicht vor vier bis sechs Wochen nach der Geburt ihres Kindes den ersten Ausgang macht. Sie begibt sich dann zuerst zur Kirche, zur „Aussegnung“. Der Katholizismus erklärt diese Sitte als ein Zeichen der Dankbarkeit gegen Gott, der für die glückliche Geburt des Kindes gepriesen werde. In Wirklichkeit handelt es sich allerdings um ganz andere Vorstellungen. Es sind Gedanken- und Gefühlskreise heidnischer, vorchristlicher Zeit, deren äußeres Gewand die Kirche übernommen und in ihrem Sinne erklärt hat.

Die Erfahrung, daß manche Wöchnerin besonders hinfällig war, daß auch ihr Seelenleben zeitweise verändert schien, mag den ersten Anstoß zu der Vorstellung gegeben haben, sie sei, wie jeder Kranke nach der Anschauung des primitiven Volksglaubens, von Dämonen besessen, von Geistern bewohnt. Dazu kam der uralte Gedanke, das Kind sei seinem Wesen nach ein Vorfahr, der wieder lebendig geworden sei. Die Mutter mußte deshalb den Totendämonen besonders nahe stehen, von ihnen besonders bedroht sein. Noch Rosegger erzählt, wie ein Vater seinen kleinen Knaben auf das Grab des verstorbenen Großvaters stellt und ihn seiner Frau sodann mit der Bemerkung zurückgibt, sie erhalte in dem Kinde den Großvater wieder jung und neu zurück. Noch vor wenigen Jahrzehnten war in Litauen die Sitte bekannt, daß die werdende Mutter in der Stunde der Geburt dreimal auf die Hausschwelle klopfte, unter der nach alten Volksglauben die verstorbenen Vorfahren wohnten. Sie wollte auf diese Weise die Verstorbenen auf die Geburt des Kindes aufmerksam machen und einem ihrer Vorfahren Gelegenheit geben, in das Kind einzugehen. Sicherlich hat die Erfahrung, daß große Aehnlichkeit, oft auch Vererbung wesentlicher und hervorstechender Charaktereigenschaften, zwischen Vorfahren und Enkeln bestand, viel zur Bildung dieser Anschauung von der Wiedergeburt des Verstorbenen beigetragen. — Eine Anzahl anderer Totendämonen aber versuchte, die werdende Mutter zu einer der Ihrigen zu machen, die Geburt nach Möglichkeit zu erschweren und zu verhindern. Auch bei dieser Vorstellung spielten selbstverständlich die Erfahrungen und Erlebnisse mit, daß Wöchnerinnen zu einer Zeit, wo noch so gut wie überhaupt keine Geburtshilfe bestand, todkrank lagen oder gestorben waren. Die Ursache ihres Sterbens aber war für den Primitiven stets ein lebendiges Wesen, ein Totendämon.

Die werdende Mutter wurde wegen der beständigen Gefahr, in der sie schwebte, sowohl in der Stunde der Geburt als auch nachher mit Schutzvorrichtungen aller Art umgeben. In der Wochenstube wurden Lichter angezündet, deren Feuer und Helligkeit die Dämonen vertreiben sollten, oder aber man legte eine große Axt ins Zimmer, manchmal auch Waffen, Schwerter und Messer, um die Geister zum Rückzug zu veranlassen. Man dachte sich diese Unheilbringer also ursprünglich keineswegs als Geister und Seelen, wie sie der christliche Glaube kennt, sondern durchaus als körperliche Wesenheiten, etwa im Sinne des Kinderaberglaubens vom Popanz oder vom Schwarzen Mann. Erst später wurden aus den Dämonen Hexen oder böse, verwunschene Seelen und Geister, vor allem im Mittelalter, das ja eine wahre Fundgrube für Aberglauben aller Art ist.

Aber auch nach der glücklichen Geburt des Kindes war die Mutter noch keineswegs den drohenden Gefahren enthoben. Vor allem mußte man sich hüten, sie allein zu lassen. Denn nur zu oft war das Kind von Zwergen, die wohl ursprünglich ebenfalls als Totendämonen aufzufassen sind, geraubt und an seine Stelle ein häßlicheres, verrunzeltes Kind mit großem Kopf und starren Augen hingelegt worden. An diese Vorstellung knüpfen sich ungezählte sogenannte Wechselbalgsagen, die den Vorgang, wie der „Unterirdische“ das Menschenkind stahl und sein eigenes dafür hinlegte, auf die verschiedensten Arten erzählen. Auch diese Vorstellung fußt auf einer Tatsache, nämlich auf dem furchtbaren Erlebnis der jungen Mutter, die einen Kretin geboren hatte, und der es unfaßlich war, daß dies ihr eigenes Kind sein könne.

Die junge Frau suchte sich, sobald sie allein war, sobald sie irgendeinen Gang außerhalb des Hauses zu machen hatte, nach Möglichkeit zu verkleiden — eine Vorsichtsmaßregel, wie sie ja auch letzten Endes der Maskerade der Fastnacht zugrunde liegt. Durch diese Verkleidung glaubte man, die Dämonen täuschen zu können. In Böhmen legte die Frau ein Kleidungsstück ihres Mannes an, in Thüringen ihren Brautmantel, der nach dem Volksglauben Wunderkraft besitzen sollte In Brandenburg schritt die Frau vor ihrem ersten Ausgang über eine Axt, von der man annahm, sie vermöchte die bösen Geister abzustreifen. Der gleiche Grundgedanke, sich von etwa vorhandenen dämonischen Kräften zu reinigen, lag dem Gang in die Kirche, der „Aussegnung“ zu Grunde. Als das Christentum Einzug gehalten hatte, war damit der alte Dämmerglaube keineswegs beseitigt. Christliche und heidnische Vorstellungen gingen vielmehr ineinander über und bildeten manchmal die seltsamsten Komplexe. Auch die Taufe wurzelt letzten Endes in uralten Vorstellungen. Wasser wie Feuer dienten dazu, die Dämonen zu bannen. Und wenn in Hildesheim das Kind über ein Lindenholzfeuer gehalten oder an anderen Orten in Wasser getaucht wurde, wenn es heute mit Wasser besprengt wird und der fromme Katholik glaubt, der Teufel habe nun keine Gewalt mehr über das kleine Wesen, so ist diese Anschauung letzten Endes ein Rest des uralten, vorchristlichen Volksglaubens, der Wöchnerin und Kind nicht nur als schutzbedürftig, sondern geradezu als „unrein“, d. h. als von unheimlichen Mächten bewohnt, bezeichnete.

So ragt das uralte Geistesgut der Jahrtausende herüber bis in die Gegenwart. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß diese primitiven Anschauungen auch in den weitesten Schichten unseres Volkes abgelöst werden durch die wissenschaftlich begründeten Ergebnisse der modernen Wissenschaft. Es liegt kein Grund dafür vor, daß das Werden des Lebens dem Volke noch geheimnisvoller erscheint, als es ohnehin, trotz eifrigster Forschungsarbeit, ist

Dr. Else Möbus.

Frauendiktatur in Rußland

Vom Allrussischen Frauenkongreß in Moskau.

In keinem anderen Lande der Welt dürfte die Frau im staatlichen und öffentlichen Leben eine so bedeutende Rolle wie in Sowjetrußland spielen. Man kann sich von der Verbreitung der Frauenarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens kaum eine Vorstellung machen.

Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als man noch vor einem Jahrzehnt der Frauenarbeit ablehnend gegenüberstand. Eine berufstätige Frau stand zur Zarenzeit stets im Verdacht, eine Revolutionärin zu sein. In Rußland gehörten früher selbst Verkäuferinnen zu den Seltenheiten. Die jungen Damen aus verarmten adligen Familien, die gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, bekamen durch Protektion ausnahmsweise Stellungen als Stenotypistinnen in Ministerien, verheimlichten aber ihre Arbeit selbst vor ihren nächsten Bekannten.

Nach der Revolution haben sich diese Verhältnisse gründlich geändert. Der Allrussische Frauenkongreß, der vor kurzem in Moskau stattgefunden hat, gibt ein fesselndes Bild von den verschiedensten Betätigungsarten der Frau im Leben des neuen Staates.

In manchen Gegenden erreicht die Beteiligung der Frauen in den Sowjetbehörden bis zu 30 Prozent. Es gibt Zeitungen, deren Redaktionen ausschließlich aus Frauen bestehen. Die Zahl der weiblichen Ingenieure, Architekten und Aerzte sind in Rußland Legion. Im Kommissariat des Auswärtigen gibt es zwei Frauen, die Stellungen von Ministerialdirektoren innehaben. In der staatlichen Theaterintendanz nimmt eine Frau die Stellung eines stellvertretenden Intendanten ein. Unter Film- und Theaterdirektoren findet man gleichfalls eine große Anzahl von Frauen. Vor kurzem wurde in Leningrad eine Frau zum Oberstaatsanwalt ernannt.

Daß die Sowjetregierung in der Person der Frau Kollontay die erste Gesandtin beschäftigt, ist allgemein bekannt. Aus früheren Veröffentlichungen hat man erfahren, daß mehrere Frauen bei der Tscheka, jetzt G. P. U., als Henker beschäftigt sind. Die Todesstrafe, oder wie man sie in Rußland nennt, das „höchste Strafmaß“, wird durch Erschießen vollstreckt. Man bedient sich dabei nicht eines Peletons Soldaten, sondern tötet das Opfer durch einen Schuß in den Nacken. Der tödliche Schuß wird in vielen Fällen von Frauen abgefeuert. Rußland verfügt außerdem über eine weibliche Miliz unter dem Befehl einer Frau, die den höchsten militärischen Rang bekleidet.

Wie die russische Presse nicht ohne Grund betont, hat der Kongreß ergeben daß der neue Staat eigentlich eine richtige Diktatur der Frau hat aufkommen lassen.

Einsam, o seht ...

Heut will ich den Schrei von allen Dingen,
Das quälende Atmen von Baum und Stein
In meine erhobene Stimme verschlingen
Und will der Sänger des Friedens sein.

Trotz und Gebet —
Morgen zerbricht, was heute noch steht.
Aber wir wollen wachsen und reifen,
Wurzeln und in den Himmel greifen.
Kein Frevler soll unsre Ernte zerschlagen,
Im Schicksalswind,
Wenn wir mächtig durchschüttelt sind,
Wollen wir auch Früchte tragen.
Aber wer heute im Wirbel des Tages lebt,
Zittert und bebt.
Der granatenschwingende Tod tanzt seinen grausamen Tanz
Und zertritt unsere Jugend wie einen verwelkten Kranz.

Und so psalme ich in der Gräber verwesende Stille,
In der Städte Triumph meinen lauten Gesang;
Groß ist der Mensch! Das größte sein Wille,
Der die Berge des Wahnsinns im Ansturm bezwang.
Unter uns bluten die blutigen Streiter,
Unter uns donnert erbitterte Wut —
Anstieg und Gipfel! Nur weiter! O weiter!
Strahlende Klarheit erfüllt unser Blut.
Einmal, o seht, da muß es uns glücken,
Dann werden wir lächelnd als Sieger stehn,
Dann wird sich der Abgrund jäh überbrücken,
In den wir mit Grausen hinuntersehn,
Dann wird aus dem Krampf der kämpfenden Leiber,
Aus Kindergeschrei und Sehnsucht der Weiber,
Aus Tränen und Gräbern der Geist sich erheben
Und schöpferisch über der Wüste schweben.

Wir trotzen dir, Tod, Wir grüßen dich, Leben!

Max Barthel.

Der Christbaum und wir

Von Karl Leonhard.

Sollen wir als Sozialisten einen Christbaum kaufen und schmücken? Was wäre vom sozialistischen Standpunkt gegen den Christbaum zu sagen? Doch nur, daß er ein Symbol des christlichen Weihnachtsfestes ist! Nun aber entsteht die Frage, war der Christbaum immer ein Symbol des christlichen Weihnachtsfestes gewesen, oder bestand die Sitte, einen brennenden Baum zu einer bestimmten Jahreszeit aufzustellen schon vor der erstmaligen Feier der christlichen Weihnachten? Spürt man dieser Sitte geschichtlich nach, so wird man finden, daß schon die Chinesen 715 v. Chr. den brennenden Baum kannten, ebenso die Inder. Weniger wahrscheinlich ist es, ob die Lichterbäume aus religiösen Motiven aufgestellt wurden. Fest steht jedenfalls, daß der Ursprung des brennenden Baumes heidnisch ist, und dieser schon lange vor den christlichen Weihnachten bestand. Also auch hier läßt sich ohne größere Schwierigkeiten nachweisen, daß das Christentum einen heidnischen Brauch übernommen und verchristlicht hat.

Sollten also Sozialisten Anstoß an dem konfessionellen Sinn des brennenden Baumes nehmen, der erst viel später in einen Christbaum umgetauft wurde, so brauchen sie sich nur des heidnischen Ursprungs zu erinnern, und schon können sie zu dem „Weihnachtsbaum“ eine ganz andere Stellung einnehmen. Wie das Weihnachtsfest vor jedem nichtkirchlichen Sozialisten als weltlicher Freudentag gefeiert wird, so läßt sich auch ohne Gesinnungszwang der brennende Baum erhalten, ohne den für Kinder keine frohe Weihnachten denkbar sind.

Für die Kinder haben die Weihnachten noch viel weniger religiösen Sinn, als etwa für die kirchlich-religiösen Erwachsenen. Kinder erleben die Weihnachten nur als einen weltlichen Freudentag. Stärken wir als Sozialisten diese eindeutige kindliche Haltung zu den Weihnachten, und geben wir diesen Feiertagen einen noch bewußteren weltlichen Inhalt. Nehmen wir nicht nur Weihnachten, sondern auch den sogenannten „Christbaum“ den kirchlichen Inhalt. Nicht die wahre, tiefe, menschliche Religiosität, die in dem Gefühl echter menschlicher Verbundenheit verwurzelt ist, wollen wir nehmen, nein, gerade diese echte, diesseitige Religiosität wollen wir an dem „christlichen“ Weihnachtsfeste hervorheben, stärken und die Menschen erleben lassen! Deshalb können wir auch die äußeren Symbole übernehmen, wenn wir eine nur sozialistisch-religiöse Bedeutung geben.

Es läßt sich deshalb auch der brennende Baum, den wir gar nicht Christbaum nennen wollen, ruhig beibehalten. Nicht deshalb, weil er so eingebürgert ist, notwendig zu Weihnachten gehört, Kindheitserinnerungen weckt, und traditionell in unserem Bewußtsein verwachsen ist, nein, deshalb sind wir nicht für die Beibehaltung des brennenden Baumes, sondern nur aus Freude an der Schönheit eines brennenden Baumes. Weshalb sich die Freude an einem solchen Baum nehmen lassen, nur weil die Frommen den „Christbaum“ für ihre Zwecke dienstbar machten? Nur deshalb sollten wir auf die Freude an einem lichterbrennenden Baum verzichten? Nein!

Und wenn wir als Erwachsene längst über diese Freude hinausgewachsen sein sollten, dann vergeßt doch nicht die Kinder, auf deren Gemüt ein brennender Baum immer wieder stark wirken wird. Warum denn die wenigen Geschenke, die vielleicht die Eltern ihren Kindern geben können, so nüchtern in die Hand drücken, statt sie unter einen lichterbrennenden Baum zu legen, der einigermaßen eine außer dem Rahmen des Alltags fallende Romantik vortäuscht? Und wenn es nur eine vorgetäuschte Romantik ist, selbst dafür wissen die Kinder ihren Eltern Dank, denn Kinder wollen nicht jeden Tag die graue Farbe des Alltags sehen, sondern auch einmal Licht und Freude empfinden! Deshalb gebt euren Kindern ruhig den lichtspendenden Baum, der gar nichts mit dem Christbaum zu tun hat, sondern einst nur die Freude der Heiden am kommenden Lichttag ausdrückte.

Laßt uns als Sozialisten auch nur so den brennenden Baum anerkennen, als Symbol des Licht- und Freudentages! Wenn auch noch viel zu überwinden ist, bis der Arbeiter, seine Frau und Kinder, licht- und freudvolle Tage erleben können, so laßt uns doch auf diesen Tag mit der Gläubigkeit überzeugter Sozialisten hoffen, damit einst die Kerzen am grünen Baum wirklich Symbol des Lichttages sind.

Und nur in diesem Sinne wollen wir unseren Kindern den Baum anzünden und einfach schmücken, und wenn dann statt des Gas- und elektrischen Lichtes die ehrwürdigen Kerzen brennen, die Kinder ihre Geschenke suchen, da laßt die Kinder nur für wenige Minuten die starke innere Verbundenheit erleben, erzählt in wenigen Worten die brüderliche Gesinnung aufrechter Sozialisten, die miteinander verbunden sind zur Erreichung froher Menschheitstage und menschlicher Lebensziele. Macht aus dem brennenden Weihnachtsbaum ein Symbol kommender Lichttage einer sozialistischen Lebensgemeinschaft!

Kinder

Von Herbert Scheffler.

1.

Ein kleines Mädchen sitzt auf dem Kantstein der Straße und umklammert krampfhaft mit beiden Händen einen Blechteller. Als ich genau hinschaue, gewahre ich auf dem Blechteller einen einzelnen, gut erhaltenen Pferdeapfel. Das kleine Mädchen ist sehr stolz auf ihren Fund, ich bin sicher, sie wird ihn ihrer Mutter geradenwegs auf den Eßtisch legen ...

2.

Ein Mädchen, drei Jahre mag es sein, kommt mir entgegen, schon von fern sehe ich, wie es den Kopf im Takte hin und her bewegt. Als wir uns näherkommen, höre ich sie singen, hell und deutlich: „Ich bleib dir treu, ich laß mich nicht verfüh—ren, mich nicht verfüh—ren, mich nicht verfüh—ren . . .“

Hoffentlich hält das Mädchen diese seine löbliche Absicht.

3.

Ich spiele mit meinem Töchterchen Wauwau. Wir bellen uns an und beißen gemeingefährlich (ich ziehe dabei die Gegend vor, die Klabund so melodisch „Pfirsichärschlein“ tituliert). Plötzlich stellt sich mein Töchterchen an die Wand und kreischt vor Wonne. „Was ist denn?“ frage ich, der große Wauwau.

„Ich freue mich, daß ich da bin!“ lacht die Lütte.

Voila, ich Vater bin gerechtfertigt.

4.

Eine halbe Stunde habe ich neulich Jungens zugesehen, die sich auf einer Wiese mit einem Schaukelpferd vergnügten. Aber das Spiel war auch so herrlich moralinfrei, daß ich es allem ethischen Bonzen nur aufs wärmste empfehlen kann.

Man nehme ein Schaukelpferd und setze es auf eine Wiese, wie gesagt. Der eine hält darauf den Schweif des Pferdes hoch, während der andere versucht, mit einem Luftgewehr dahinein zu treffen, wovon man unter sattsam gebildeten Menschen nicht spricht. Wer zum Schluß am meisten Volltreffer hat, ist Sieger.

Und wer da nicht mitspielen möchte, ist ein alter Kulturinvalide.

Als oft bewährtes Mittel gegen Grippe

wird uns die rote Rübe genannt, nicht zu verwechseln mit der Runkelrübe. Von einem Tag zum andern ist die Wirkung schon überraschend. Zum Genuß vorbereitet werden die roten Rüben so: man reinigt sie vorsichtig ungeschält und ohne die Schale zu verletzen, dann setzt man sie mit kaltem Wasser auf und läßt sie bei längerem Kochen weich werden, so daß sich die Schale leicht abschaben läßt. Das erste Wasser wird weggegossen. Die Rübe wird nach dem Abschaben in Würfel oder Scheiben geschnitten, ähnlich wie bei Karotten und Wurzeln. Mit Zitrone und Kümmel macht man die rote Rübe schmackhaft. Gutes gründliches Kauen ist zu empfehlen. In einem Fall versagt das Mittel: wenn die roten Rüben vor dem Kochen geschält werden

Für unsere Kinder

Legende

Das Silberlicht des Mondes zittert über den Wegen des weiten Parkes, tanzt über die dunkle geheimnisvoll stille Wasserfläche des kleinen Sees und taumelt dann trunken von dem berauschenden Duft über einer herrlich erblühten rotglühenden Rose.

„Rose, hode Rose, wie kommst nur du an diesen Strauch, der doch sonst nichts trägt, denn kleine mattglänzende Heckenrcsen?"

So fragt das Mondlicht mit bebender Stimme die herrliche Rose am Heckenbusch.

„Ich weiß nicht, wie ich hierhergekommen," antwortet die Rose und ihre Stimme ist wie das Läuten der dunklen Glockenblumen an einem Sommermittag. „Ich weiß nicht, wie ich hierhergekommen, weiß nur, daß eine Sehnsucht in mir brennt, die Schwestern zu verlassen. Die Schwestern, die die Enge nicht spüren und ihre eigene Kleinheit."

„Rose, schöne Rose, komm' du mit mir! Ich weiß einen weiten, stolzen Rasenplatz, in dessen Mitte sollst du allein prangen in deiner traumhaften Schönheit. Alle Kreatur soll anbetend das Knie vor dir beugen. Schmetterlinge werden dich umgaukeln in lieblichen Tänzen, Sonnenstrahlen werden dich umkosen, und wenn die Nacht ihre Schattenschleier über die Erde breitet, werde ich bei dir sein."

Ganz leise und lockend wird die Stimme des Mondlichts. Die schöne Rose erschauert. „Ich will mit dir gehen!"

Jahre sind vergangen seit jener Nacht, da die stolze Rose glaubte, den Weg zu ihrer Höhe gefunden zu haben. Wieder tanzt das Mondlicht über den weiten Park und sucht wie in jedem Sommer die immer herrlicher erblühende Rose. Sie ist nun aber nicht mehr allein. Ein kleines mattglänzendes Heckenröschen blüht an ihrer Seite. Tränenperlen zittern auf dessen seidenfeinen Blütenblättern, das greift dem Mondlicht so eigen ans Herz!

„Kleine Rose, warum bist du so traurig?"

Aengstlich schaut das Heckenröschen auf. Wer mag denn nach seinem Kummer fragen? Weich und lind streicht das Mondlicht ihm die Träne fort. „Weine nicht, kleine Rose, komm, sag mir, was dich bedrückt!"

„Ach," klagt das Blumenkind leise, „ich bin so unendlich einsam. Die Mutter ist stolz, weil wir hier Beherrscher der Weite sind. Wenn die Schwestern drüben sich im Reigen wiegen, wenn sie so froh beieinander sind, dann darf ich nur von weitem sehnsüchtig schauen. Die Mutter sagt, wir seien viel wertvoller als jene. Aber ach, ich möchte nicht immer so einsam sein. Haben die Schwestern Kummer, so möchte ich ihn vertreiben, haben die Schwestern Freude, wie gern möchte ich sie mit ihnen teilen! Hätt ich auch nur ein kleines Fleckchen, wo ich mich mit im Winde wiegen darf, ich wäre glücklich bei den bescheidenen Schwestern!

„Schöne Mutter Rose, was sagst du zu der Sehnsucht deines Kindes? Du wolltest Glanz und Herrlichkeit, dein Kind aber ersehnt die Liebe der Schwestern. Es will nicht der eigenen Schönheit, dem Glück der anderen will es leben. Schöne Rose, was sagst du zu deinem Kinde?"

„Die kleine Rose ist eine Närrin! Weil sie nicht schön ist, wie ich, sehnt sie sich zu den anderen, den Niederen, in der Enge. Geh' zu jenen, du wirst leiden und zurück wollen in Glanz und Pracht!"

Wie das Mondlicht die stolze Rose in die Weite geführt, so geleitet es die Kleine zu den Schwestern. Und als es wieder übers Jahr zurückgekehrt, da findet es die stolze Rose bleich und trüb.

„Ich bin sehr einsam," seufzt sie. „Nun ich nicht mehr schön bin, kommt kein Sonnenstrahl, kein Schmetterling, mich zu erfreuen."

Als es nun weitergleitet in das Reich der „armen" Rosen, da findet es das Antlitz der Kleinen von glücklichem Lächeln erhellt.

„Nun, wie ist dir das Leben, kleine Rose?"

„Ich bin glücklich! Denn, wenn die Schwestern weinen, darf ich ihre Tränen trocknen. Sind sie froh und glücklich, bringen sie mir dafür all' das Sonnenlicht ihrer Freude!"

Senta Petzon-Magdeburg.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse", Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Ein Knabe als Erfinder

Wie kam der erste Luftreifen an das Fahrrad?

Der Luftreifen des Fahrrads ist, wie man weiß, von dem in Belfast lebenden Tierarzt Dunlop erfunden und in die Praxis eingeführt worden. Die Anregung zu dieser, den Gebrauch des Fahrrads so ungemein erleichternden Erfindung erhielt aber Dunlop durch seinen kleinen Sohn, dem er ein Fahrrad zum Geschenk gemacht hatte. Der Junge radelte den ganzen Tag durch die Straßen der Stadt, mußte sich dabei aber bald überzeugen, daß das Radfahren zwar recht unterhaltsam, gleichzeitig aber auch recht anstrengend war; denn auf dem holprigen Pflaster von Belfast sah sich der radelnde Junge ständigen Erschütterungen ausgesetzt, die auch der dünne Vollgummi der Räder nicht wesentlich zu mildern vermochte. Er sann deshalb über Mittel nach, wie man sich diese „Knochenschüttelung" erleichtern könne. Schließlich verfiel er auf die Idee, einen Gasschlauch aufzublasen und damit eins der Räder zu bereifen. Der Versuch gelang auch, die Stöße wurden zwar nicht ganz beseitigt, aber doch erheblich gemildert. Der Erfolg, den der Sohn mit diesem primitiven Mittel erzielt hatte, gab dem Vater den Anlaß, sich weiter mit der Sache zu befassen. So erfand er den pneumatischen Reifen, auf den er ein Patent nahm, und den er in der Folge dann noch weiter verbesserte. Es war eine der Erfindungen, deren ungeheure Tragweite ursprünglich nicht einmal geahnt wurde, und die ihre volle Bedeutung erst im Zeitalter des Automobils erhalten sollte.

Vom listigen Grasmücklein

Klaus ist in den Wald gegangen,
Weil er will die Vöglein fangen;
Auf den Busch ist er gestiegen.
Weil er will die Vöglein kriegen.
Aber 's Vöglein, das alte,
Schaut vom Nestlein durch die Spalte,
Schaut und zwitschert: „Ei der Daus,
Kinderlein; es kommt der Klaus!
Ha, mit einem großen Prügel!
Kinderlein, wohl auf, Kinderlein, wohl auf die Flügel!"
Prrr! da flattert's, husch, husch, husch,
Leer das Nest und leer der Busch!
Und die Vöglein lachen Klaus
Mit dem großen Prügel aus.
Daß er wieder, wieder heimgegangen,
Zornig, weil er nichts gefangen,
Daß er wieder heimgestiegen,
Weil er konnt' kein Vöglein kriegen.
Und die Vöglein lachen Klaus, lachen Klaus,
Mit dem großen Prügel aus,
Weil er nichts gefangen;
Ja, die Vöglein lachen Klaus, lachen Klaus
Mit dem großen Prügel aus.
Lacht ihn aus, lacht ihn aus,
Ja, ja, ja den Herren Klaus!

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Donnerstag. 15 und 16.40: Wie vor. 17.05: Berichte 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert.

Gleiwitz Welle 250 — **Breslau Welle 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 15. Dez. 1927: 16.30—18: Cherubini — Glück. — 18: Jugendstunde: Weihnachtsfeier. — 18.50—19.20: Hans Bredow-Schule. Abt. Handelslehre. — 19.20—19.40: Englische Lektüre. — 19.40—19.55: Abt. Sport. — 20.05: Leo Greiner liest Altdeutsche Novellen. — 20.45: Robert Koppel-Abend. — In der Pause: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen.

Warschau — Welle 1111.

Donnerstag. 12: Wie vor. 12.05: Vortrag. 12.30: Konzert. 15: Bericht, Vorträge. 16.40: Hausfrauenstunde. 17.20: Vortrag. 17.45: Literaturstunde. 19: Berichte. 19.35: Englischer Unterricht. 20.30: Abendkonzert.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1 — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Donnerstag. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.30: Mitteilungen aus den Bundestheatern. 17.30: Mitteilungen aus den Bundestheatern. 17,45: Wochenende. 18: Stunde der Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie. 18.30: Wochenbericht über Körpersport. 20.05: Vorlesung Georg Reimers. Anschließend: Lebensgefährten. Leichte Abendmusik.

Rom — Welle 450.

Donnerstag: 17.30: Wie Mittwoch. 20: Wie Montag. 20.40: Richard Wagner-Abend. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An alle Ortsgruppen des Bundes für Arbeiterbildung.

In der Vortragswahl ist der Genosse Kowoll etliche Male für Vorträge festgelegt. Da aber augenblicklich die Wahlvorbereitungen den Genossen Kowoll binden, so ersuchen wir den Genossen Kowoll bis nach der Wahl zum Warschauer Sejm die Vorträge ausfallen zu lassen. Es wird sich empfehlen, rechtzeitig für den Genossen Kowoll einen Ersatz einzufordern.

Der Vorstand des Bundes für Arbeiterbildung.

Zalenze. Am 16. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Saale bei Golczyk ein Vortrag des Gen. Dr. Bloch statt, über: „Unsere Weltanschauung einst und jetzt".

Königshütte. Mittwoch, den 14. Dezember d. Js., abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses ein Vortrag statt. Referent zur Stelle. Wir weisen darauf hin und erwarten vollzähligen Besuch.

Versammlungskalender

An die Mitglieder der Pressekommission.

Am Donnersag, den 15. d. Mts., abends 7¼ Uhr, findet im Centralhotel eine Pressekommissionssitzung statt.

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 18. 12. 1927, vorm. 10 Uhr, im Central-Hotel Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Zawodzie. Bergarbeiter und D. S. A. P. Am Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9½ Uhr, findet im Struzyna'schen Lokal in Zawodzie, ul. Krakowska, eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. statt. Referent Sejmabgeordneter Gen. Kowoll. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Siemianowice. Ortskartell der Freien Gewerkschaften. Der Vorstand des Ortskartells hält am Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, eine Sitzung bei Herrn Generlich ab. Der Vorstand der D. S. A. P. und Funktionäre der Freien Gewerkschaften finden sich am gleichen Tage und im gleichen Lokal um 8 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Die Fraktion der Gemeindevertreter ist auch eingeladen.

Bismarckhütte. (Achtung Ortsausschußmitglieder.) Am Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Metallarbeiterbüro, ul. Krakowska, eine wichtige Ortsausschußsitzung statt.

Königshütte. (Freidenker.) Sonntag, den 18. Dezember 1927, vorm. 9½ Uhr, findet eine Generalversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Nikolai. Metallarbeiter. Am Sonnabend, den 17. Dezember, um 7 Uhr abends, findet die fällige Mitgliederversammlung statt. Es wird dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referent zur Stelle. Vereinslokal: Ciossek, Ring.

Nikolai. D. S. A. P. und Bergarbeiter. Am 18. d. Mts. 3 Uhr nachmittags, findet die Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes sowie auch die fällige Monatsversammlung der D. S. A. P. im Lokal des Herrn Ciossek statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.